:antifaschistische nachrichten Nr. 7

g 3336 3.4.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Frauke Petry bei der „JF“

LEIPZIG. AfD-Bundessprecherin Frauke Petry nahm Mitte März an einer Podiumsdiskussion des rechten Wochenblattes „Junge Freiheit“ („JF“) am Rande der Leipziger Buchmesse teil. Hier traf Petry auf den Chefredakteur der „JF“, Dieter Stein, und auf „JF“-Redakteur Felix Krautkrämer, der gerade eine Broschüre über den Aufstieg der AfD veröffentlicht hat. Nach Angaben der Veranstalter nahmen an dem Messegespräch mehr als 100 Menschen teil.

hma ■

Unterstützung entzogen

AUGSBURG/SPEYER. Die katholischen Bistümer Augsburg und Speyer stellen ihre Unterstützung für den „Lebensschützer“-Verein „Pro Femina“ und dessen Aktion „1000plus“ ein. „Informations- und Werbeaktivitäten“ des Vereins „auf den verschiedenen Ebenen der verfassten Kirche“ seien einzustellen, heißt es in einem Rundschreiben des Bistums Augsburg. Es folgte das Bistum Speyer mit einem „Warnhinweis“ an alle Pfarreien, die Aktion „1000plus“ des Heidelberger Vereins „Pro Femina“ nicht mehr zu unterstützen. Zuvor hatte u.a. ein Sektenbeauftragter eines deutschen Bistums dem Verein und dessen Vorsitzenden Kristijan Aufiero eine Nähe zur Pius-Bruderschaft vorgeworfen. Zudem erschienen wieder-

Fortsetzung Seite 2

Frankreich: Rechtsextreme sahnen bei einigen Rathauswahlen ab

Nach den frankreichweiten Kommunalwahlen vom 23. und 30. März 2014 werden erneut mehrere Städte von neofaschistischen Bürgermeistern regiert

Von Bernard Schmid aus Paris und Villeneuve-Saint-Georges

Fremder, kommst Du nach Villeneuve-Saint-Georges, dann sage, Du habest sie kleben gesehen! Am Busbahnhof der ziemlich multikulturell geprägten Stadt zehn Kilometer südlich von Paris, zwischen dem Rathaus und der Station für die Vorortzüge, prangen am Sonntag zahlreiche Aufkleber und Plakate. „Ich will meine Stadt solidarisch“, „ich will meine Stadt gastfreundlich“ proklamiert etwa eine Serie gleich aussehender Aufkleber mit variablen Überschriften. Es handelt sich wohl um Spuren einer Demonstration, die am Freitag Nachmittag stattfand. Die CGT, stärkster Gewerkschaftsverband in Frankreich, fordert auf einem Plakat dazu auf, „am Sonntag wählen zu gehen, um die extreme Rechte zu verhindern“. Dicht neben dem Stadtwappen mit Sankt Georg, dem Drachentöter, das als Mosaik in den Boden eingelassen ist.

Gelbe Streifbänder auf der unteren Seite der Wahlplakate von Bürgermeisterin Sylvie Altman – Mitglied der französischen KP – fordern dazu auf, „der extremen Rechten den Weg zu versperren“. Jemand hat auf eines ihrer Plakate „halal“ gekritzelt, um sie als angebliche Freundin der muslimischen Einwanderer hinzustellen, obwohl die Trennung zwischen Religion und Politik in der Stadt großgeschrieben wird und in diesem Winter vor dem Rathaus ein „Baum des Laizismus“ gepflanzt wurde. „Fick den Front National“ steht direkt daneben unter einem Konkurrenzplakat, das für ihren Herausforderer Philippe Gaudin wirbt.

Gaudin führte bei den französischen Rathauswahlen, deren zweiter Durchgang am Sonntag stattfand, eine der wenigen Koalitionslisten an, auf denen Konservative sich mit der neofaschistischen Partei verbündet hatten. Ansonsten blieben solchen Allianzen in Frankreich dieses Mal die Ausnahme. Die konservativ-wirtschaftsliberale Rechte mit ihren Parteien UMP und UDI hatte im ersten Wahlgang einen derartigen Aufschwung genommen, dass sie es für besser hielten, erst gar keine Bündnisdiskussion zu führen. Sie trauten sich zu, aus eigener Kraft gewinnen zu können, ohne Allianzen auf ihrer Rechten einzugehen. Bei anderen Wahlen in den letzten Jahren blieb vor allem der UMP eine solche Debatte nicht erspart, die aber in den Regel eher den FN als das bürgerliche Lager stärkte.

Die Initialen „FN“ hat jemand auf die Tür der Wache der Stadtpolizei im Zentrum von Villeneuve gekritzelt, aber auch auf die Bushaltestelle und in die Unterführung zum Bahnhof. An der Polizeiwache hat es jemand durch einen Strich, der aus dem „F“ ein „E“ macht, zur Unkenntlichkeit abgewandelt. Ein Ehepaar mit vielleicht siebenjähriger Tochter kommentiert die lokalen Ereignisse vor der Wache: „Die Rathauspolitik muss sich dringend ändern! Die Bürgermeisterin hat versucht, Leute zu bestechen, indem sie ihnen im Wahlkampf Sozialwohnungen versprochen hat. Das ist schlimm. Und

Die Rechte in Europa sammelt und strukturiert sich
Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014
Thilo Janssen,
Autor der Studie der Rosa Luxemburg Stiftung
„Was macht die politische Rechte im Europäischen Parlament?“

* * * * * * *

Keupstraße und NSU-Prozess
Opferentschädigung und Nebenklage
Bericht zur aktuellenSituation
***Eberhard Reinecke, Reinhard Schön,* Rechtsanwälte**
vertreten Opfer aus der Keupstraße als Nebenkläger und wegen Entschädigungsforderungen

Samstag, 5. April 2014
13.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum

Veranstalter:
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Aus dem Inhalt:

„Initiative Keupstraße ist überall“ 7
AfD positioniert sich rechts 8

holt Anzeigen des Vereins u.a. in der „Jungen Freiheit". „Pro Femina", der Beratungen für Schwangere anbietet, aber keine Beratungsscheine ausstellt, betrachtet sich als Opfer einer „verleumderischen Kritik" und sieht nun eine Gefährdung seiner Beratungsarbeit.

hma ■

„Pro"-Mahnwache in Leverkusen

LEVERKUSEN. Der Leverkusener Kreisverband der sog. „Bürgerbewegung pro NRW" will am 13. April ab 10.30 Uhr eine Mahnwache vor der Evangelischen Kirche in Leverkusen-Wiesdorf durchführen. Damit will „pro NRW" gegen den Ausschluss der „pro NRW"-Aktivistin Maria Demann aus dem Presbyterium der Kirche protestieren. Es sei nun „Zeit für einen Aufstand der Anständigen", heißt es in der Ankündigung der Mahnwache von „pro NRW".

hma ■

„Amazon" ohne „Bublies"-Bücher

SCHNELLBACH. Der Internetversandhändler „Amazon" hat nun auch die Bücher des Verlags Bublies aus Schnellbach aus seinem Sortiment genommen. Zuletzt waren Bücher des Antaios-Verlags aus dem „Amazon"-Programm entfernt worden (siehe „AN" 5-2014). So sind nun u.a. Bücher des Nationalrevolutionärs Ernst Niekisch und von Baldur Springmann, einst Mitbegründer von „Die Grünen", betroffen. Letzterer war u.a. Batteriechef der NS-Kriegsmarine und bis zu seinem Tod im Jahr 2003 in diversen extrem rechten Gruppierungen aktiv gewesen. Der Verlag befürchtet nun einen wirtschaftlichen Schaden und geht von „erheblichen Umsatzeinbußen" aus. In dem Verlag war in der Vergangenheit die nationalrevolutionäre Publikation „Wir Selbst. Zeitschrift für nationale Identität" erschienen.

hma ■

Soli-Demo für Showan Shattak „Kämpa Showan!"

Am Freitagabend, den 14.03.2014 demonstrierten etwa 300-400 Menschen gegen faschistische Gewalt in Hamburg.

Sie erinnerten damit an den Angriff mehrerer Neonazis mit Messern, Flaschen und Eisenstangen auf Antifaschist*innen, die in Malmö, Schweden am 08.03.2014 von einer feministischen Demonstration im Rahmen des Internationalen Frauentags kamen. 4 Menschen wurden durch Messerstiche in Arme, Beine und in die Lunge schwer verletzt.

Besonders schwer getroffen hat der Angriff den linken Ultra und Fan von Malmö FF Showan Shattak (25), welcher sich insbesondere gegen Homophobie im Fußball eingesetzt hatte.(*s. AN 06/2014*) Nicht zuletzt deshalb war er in der schwedischen Neonazi-Szene verhasst und wurde öffentlich auf Nazi-Seiten als Initiator der sogenannten „Homokampagne" der Malmö-Ultras dargestellt.

Dieser Hetze im Internet auf der Seite „Realisten" folgten am 08.03.2014 Taten, die dazu führten, dass Showan Shattak zur Zeit im Koma liegt und bereit zwei Notoperationen hinter sich hat. Lebensgefahr soll nicht mehr bestehen.

Der Täter ist ein bekannter Neonazi und in der lokalen rechten Partei „Svenskarnas" aktiv. Einer der Angreifer hielt sich zuletzt in der Ukraine auf und unterstützte dort die rechtsextreme Partei „Svoboda".

Als Zeichen der Solidarität veranstalteten Ultras und Anhänger*innen des FC St. Pauli und verschiedene linke Gruppen am Freitagabend vor dem „Knust" in der Nähe der U-Bahnstation Feldstraße eine Aktion, bei der sie Transparente zeigten und bengalische Feuer entzündeten.

Danach startete die Demonstration mit 300-400 Teilnehmer*innen am S-Bahnhof Sternschanze und zog in Richtung Landungsbrücken, um dort in einer Abschlusskundgebung vor dem Schwedischen Honorarkonsulat in Hamburg zu enden.

Während des Demonstrationszuges wurde über Lautsprecherdurchsagen immer wieder der Mordanschlag mit faschistischem Hintergrund erläutert. Am Rande der Demonstration wurden Flugblätter verteilt, die über faschistische Morde und den Fall Showan Shattak aufklärten und die Teilnehmer*innen riefen lautstark antifaschistische Parolen, um ein Zeichen der Solidarität zu setzen.

Bereitschafts-Polizist*innen begleiteten die Demonstration, ohne jedoch einzugreifen, so dass es keinerlei Provokationen gab.

flickr: http://www.flickr.com/photos/98466105@N06/sets/72157642357596545/

Dortmund: Erinnern heißt Kämpfen!

„In diesem Jahr jährt sich der Mord an Thomas Schulz durch den Neonazi Sven Kahlin zum neunten Mal. Wir nehmen dies zum Anlass, auch dieses Mal wieder gegen rechte Gewalt zu demonstrieren und unsere Solidarität mit den Opfern jener Gewalt zum Ausdruck zu bringen. Dabei wollen wir uns jedoch nicht nur auf das Gedenken an Thomas Schulz und den in Dortmund vom „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) ermordeten Mehmet Kubaschik beschränken, sondern auch gegen die Verhältnisse, die diese Gewalt erst ermöglichen, demonstrieren. Ebenso ist es unser Anliegen, auf die immer noch bestehenden Nazistrukturen in Dortmund hinzuweisen, welche sich nach dem Verbot des „Nationalen Widerstands Dortmund" als Partei organisiert haben. Es hat sich dabei gezeigt, dass Verbote viel nicht helfen, um Nazis zu bekämpfen…" Aufruf im Mobilisierungsblog für die antifaschistische Demonstration gegen Nazistrukturen und rechte Gewalt am 29. März 2014 in Dortmund.

dortmund.blogsport.de/2014/03/01/aufruf/

Quelle: Antifaschistische Initiativen Dortmund stellt sich quer! 26.03.2014

■

Berliner Polizei betreibt Veranstaltungsdatenbank über Demo-Anmelder

Eine Anfrage nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz hat zutage gebracht, dass die Berliner Polizei seit 2004 heimlich eine „stadtweite Veranstaltungsdatenbank" (VDB) betreibt, in der personenbezogene Informationen über die Anmelder sowie „öffentlich sichtbare" prominente Teilnehmer politischer Demonstrationen und Kundgebungen drei Jahre lang gespeichert werden. Dies berichtete Netzpolitik.org **[https://netzpolitik.org/2014/polizeiliche-vorratsspeicherung-von-versammlungen-in-berlin/]**. Verfassungsorgane, Ländervertretungen, Bundesministerien, Bundespolizei und Bundeskriminalamt sowie Parteien und Stiftungen steuerten regelmäßig mit Daten bei. Wie aus einer Aufstellung hervorgehe, können über 2000 Mitarbeiter der Berliner Polizei sowie die Senatsverwaltung für Inneres auf die VDB zugreifen.

www.heise.de v. 28.2.2014 ■

Ausländerhass „leitendes Motiv" für Naziüberfall

Am 10. März sagte das Opfer eines brutalen Naziüberfalls in Bernburg (Sachsen-Anhalt) als Zeuge vor dem Magdeburger Landgericht aus. Der 34-jährige Kurde Abdurrahman E., Inhaber eines Imbisses am Bernburger Bahnhof, und seine Freundin wurden am Abend des 21. September 2013 von neun Männern zwischen 24 und 33 beschimpft und beleidigt. Vier von ihnen schlugen den Ladenbesitzer fast tot. Bewusstlos am Boden liegend, traten die Nazis auf dessen Kopf ein. E. erlitt Schädelbrüche und Hirnblutungen. Seine Freundin, eine junge Deutsche, sei als „Türkenschlampe" geschimpft worden. Die Angreifer, Mitglieder der rechtsextremen Szene aus Schönebeck, sollen an diesem Tag zu einem Junggesellenabschied nach Bernburg gefahren sein. Aus ihrem Ausländerhass haben sie offenbar schon früher keinen Hehl gemacht. Abdurrahman E. ist von ihnen als „Scheiß Kanacke" beschimpft worden, der aus Deutschland verschwinden solle. Laut ei-

Fortsetzung Seite 5 oben

Fortsetzung von Seite 1

dann die ganze Unsicherheit! Es hat zwei Schießereien in unserer Stadt gegeben, wie in Chicago." Wir fragen nach: im Zusammenhang mit Konflikten unter Dealern? „Keine Ahnung! Aber das muss aufhören. Wenn man Kinder hat, muss man Angst haben."

Das Ehepaar stimmt offensichtlich für die Liste der vereinigten Rechten. Anders diese beiden Franzosen tamilischer Herkunft, die aus einem Wahllokal kommen. „Es ist gefährlich, was hier passiert, deswegen gehen heute auch viel mehr Leute wählen als am vergangenen Sonntag! Wir selbst waren auch schon letzte Woche abstimmen, aber viele sind zwischenzeitlich aufgewacht." Die Betreiberin eines algerischen Cafés, in dem Arabisch sprechende Kundschaft überwiegt und die zugleich stolz darauf ist, Spanisch zu können und Hebräisch zu lernen, sieht den Unterschied zwischen den Listen dagegen eher gelassen. „Die Politiker auf allen Seiten sorgen dafür, dass die Reichen immer reicher werden. Wissen Sie, das ist überall so!" Und auch der Verkäufer im Kebabladen „der türkisch-kurdischen Freundschaft": „Was für Faschisten? Die können hier doch ohnehin nichts ausrichten. Das war einmal, 1945, heute ist es längst vorbei. In der Türkei, dort gibt es Faschisten, die täglich Kurden töten, und niemand sagt etwas!"

Der Versuch des Bürgerlichen Philippe Gaudin, im Bündnis mit den Rechtsextremen das Rathaus der von einem riesigen Stellwerk der französischen Eisenbahn und vierzig Prozent sozialem Wohnungsbau geprägten Stadt südlich von Paris zu unternehmen, scheiterte. Rechnerisch hätte es klappen müssen, denn seine eigene Liste und jene des Front National hatten zusammengerechnet im ersten Wahlgang 58 Prozent erhalten. In der Woche zwischen den beiden Durchgängen distanzierten sich die Parteiführungen von UMP und UDI von ihm und entzogen ihm jegliche offizielle Unterstützung. Am Schluss unterlag er mit 49,8 Prozent sehr knapp gegen Amtsinhaberin Altman.

Vom FN regierte oder knapp verfehlte Rathäuser

Andernorts hatten Konservative oder auch Rechtsextreme, die in aller Regel getrennt voneinander antraten, mehr Erfolg. Im Großraum Paris übernahm der Front National erstmals ein Rathaus. Dank einer relativen Mehrheit in einer Stichwahl mit vier Listen und einem gespaltenen Mitte-Links-Lager konnte sich der 32jährige Kandidat des FN, Cyril Nauth, in der Stadt fünfzig Kilometer westlich von Paris durchsetzen.

Die rechtsextreme Partei regiert künftig auch die frühere Bergarbeiterstadt Hénin-Beaumont unweit der belgischen Grenze, wo sie sogar bereits im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erzielte. In der Kommune mit rund 26 000 EinwohnerInnen setzte sich der amtierende FN-Generalsekretär Steeve Briois schon in der ersten Runde mit 50,26 Prozent der Stimmen durch. Die Stadt wäre bereits 2009 beinahe vom FN regiert worden, Briois scheiterte damals nur knapp, und Marine Le Pen verfehlte im Juni 2012 den Abgeordnetensitz des Wahlkreises ebenfalls mit 49,89 % nur um Haaresbreite. Die von sozialen Problemen gebeutelte Stadt wird seit nunmehr zwölf Jahren durch die rechtsextreme Partei systematisch „bearbeitet".

Aus dem journalistischen Kurzzeitgedächtnis heraus wird nun in französischen Medien des Öfteren verkündet, es handele sich um eine „Premiere", und erstmals erhalte der FN eine absolute Mehrheit – denn die drei Städte Toulon, Marignane und Orange waren 1995 zunächst mit relativen Mehrheiten, in Stichwahlen mit je drei Listen, an ihn gefallen. Das stimmt jedoch nicht gänzlich: Am 9. Februar 1997 gewann die damalige FN-Spitzenkandidatin Catherine Mégret, bei einer Wahlwiederholung infolge gerichtlicher Anfechtung der Wahl von 1995, das Rathaus von Vitrolles mit absoluter Mehrheit; damals allerdings ‚erst' in der Stichwahl (nicht, wie jetzt in Hénin-Beaumont, gleich im ersten Durchgang). Dort regierte sie von Februar 1997 bis im Oktober 2002, holte dann jedoch – wiederum bei einer Wiederholungswahl, nach erneuter Anfechtung und Annullierung jener von 2001 – eine endgültige Niederlage.

Ansonsten überwiegen auch in diesem Jahr bei den rechtsextremen Erfolgen meist die relativen Mehrheiten, in Stichwahlen mit jeweils mehreren Listen.

Der Front National übernimmt auch die lothringische frühere Stahlstadt Hayange mit 15 000 Einwohner/inne/n – ihr 34jähriger Spitzenkandidat, der frühere Linke Fabien Engelmann, wurde vor drei Jahren wegen rechtsextremer Betätigung aus der CGT ausgeschlossen – mit 34,7 % (Stichwahl), sowie Villers-Cotterêts in der Picardie mit 41,53 % oder die von sozialem Niedergang geprägte Mittelmeerstadt Béziers mit 46,98 % der Stimmen. Villers-Cotterêts, rund 10 000 Einwohner/innen, zählt zu den krisengebeutelten Landstrichen. Der örtliche Spitzenkandidat des FN, der 50jährige Franck Briffaut, trat bereits 1977 dem Front National bei. Damals handelte es sich noch um eine Splittergruppe mit zum Teil offen neonazistischen Zügen.

In Béziers – 71 000 Einwohner/innen – hatte der vom FN unterstützte, doch selbst parteilose Spitzenkandidat Robert Ménard schon im ersten Durchgang 44,88 % erhalten, wodurch ihm der Sieg beinahe gesichert erschien. Hinzu kam, dass die örtliche Sozialdemokratie sich weigerte, der Aufforderung der landesweiten Parteiführung Folge zu leisten und ihre Liste aus der Stichwahl zurückzuziehen. Letztere hatte im ersten Durchgang schlechter abgeschnitten, und die Politik der Sozialdemokratie bestand frankreichweit darin, in solchen Fällen zugunsten einer besser platzierten bürgerlichen Liste zurückzuziehen, „um den FN im Rathaus zu verhindern". Allerdings leistete die örtliche Sektion in Béziers einer entsprechenden Aufforderung eben nicht Folge.

Dagegen lehnte die Parteiführung der stärksten Formation im bürgerlich-konservativen und wirtschaftsliberalen Lager, die UMP, eine solche Politik in der vergangene Woche klar und rundheraus ab. Die Leitung der UMP redete einer Aufrechterhaltung ihrer Listen überall, wo dies rechtlich möglich war (d.h. wo diese im ersten Durchgang mindestens 10 Prozent der Stimmen erhielten), das Wort; deswegen kam es auch zu zahllosen Stichwahlen mit drei oder vier Listen. Diese Politik des ‚Ni – ni' oder „Weder – Noch" (nämlich „weder Bündnis mit dem Front National noch Beteiligung an einer ‚demokratischen Front gegen den FN' alias front républicain") ist seit den Bezirksparlamentswahlen vom März 2011 offizielle Linie der UMP. Zuvor hatten ihre Vorläuferparteien auf der bürgerlichen Rechten, der neogaullistische RPR und die liberal-christdemokratische UDF, in den 1990er Jahren noch überwiegend eine Strategie des front républicain, also einer Blockbildung zwischen Sozialdemokraten und Konservativ-Liberalen gegen den FN in den Stichwahlen, praktiziert. Jedenfalls dort, wo ein Sieg oder drohender „Durchmarsch" des FN rechnerisch möglich erschien. Seit 2011 ist dies nun offiziell passé. Mittlerweile wachsen auch im sozialdemokratischen Lager und auf der etablierten Linken die Zweifel an einer Strategie des front républicain; zum Einen aufgrund der Unwilligkeit der bürgerlichen Rechten, daran mitzuwirken. Auf der anderen Seite aber auch aufgrund der Gefahr einer zunehmend geringen „Unterscheidbarkeit" zwischen den etablierten Linken (für welche unterdessen vor allem ihre Wirtschaftspolitik gründlich sorgt!). Die angebliche „Ununterscheidbarkeit" und „Differenzlosigkeit zwischen den Altparteien", welche die Rechtsextremen nur noch mit dem Einheitskürzel „UMPS" für die UMP und den Parti Socialiste benennen, ist unterdessen tatsächlich eines der zentralen Argumente der Wahlkämpfer des FN.

Aber auch an der wohlhabenderen Côte d'Azur, wo die extreme Rechte unter anderem aufgrund der starken Präsenz früherer französischer Algeriensiedler seit langem hohe Wahlergebnisse erzielt, konnte sie Gewinne einstreichen.

Der erst 26jährige FN-Kandidat David Rachline, Facebook-Beauftragter seiner Partei und Verteidiger der Thesen des Antisemiten Dieudonné M'bala M'bala, wird nun Bürgermeister in Fréjus, einer Stadt mit gut 52 000 Einwohner/innen. Er

erhielt im ersten Durchgang 40,3 Prozent und in der Stichwahl an diesem Sonntag dann 45,55 Prozent. Der von ihm in der Vergangenheit verteidigte, französische (schwarze) Antisemit Dieudonné hatte vergangene Woche übrigens öffentlich dazu aufgerufen, „entweder Wahlenthaltung (zu üben) oder den Front National“ zu wählen.

Auch die Kleinstadt Cogolin an der Côte d'Azur fiel an den Front National, mit 53,1 % in der Stichwahl für seinen Spitzenkandidaten, den 40jährigen Pariser Unternehmer Marc-Etienne Lansade. In Cogolin zog er in die Stichwahl gegen den konservativen Amtsinhaber Jacques Sénéquier ein, der bislang einerseits durch mafiöse Praktiken auf sich aufmerksam machte, andererseits aber auch durch eigene Aufrufe zugunsten der Wahl von FN-Kandidaten in der Nachbarschaft im Jahr 2012. In Cogolin, 11 000 Einwohner/innen, fanden am Wahlabend jedoch heftige Proteste von mindestens 200 Jugendlichen im Rathaus statt, wie ein Teilnehmer dem Verf. dieser Zeilen live am Telefon berichtete. In Béziers und Fréjus waren vorsorglich Hundertschaften der Bereitschaftspolizei vor Verkündung der Wahlergebnisse mobilisiert worden.

Die rechtsextreme Partei scheiterte allerdings in den südfranzösischen Städten Perpignan und Avignon sowie im lothringischen Forbach, wo sie sich ebenfalls Wahlchancen ausgemalt hatte. In Perpignan und Forbach waren die Nummer Zwei und Nummer Drei in der Parteihierarchie, der 44jährige Louis Aliot und Florian Philippot (32), als Spitzenkandidaten für die Rathäuser angetreten. Aliot erhielt in der ersten Runde 34,19 % und lag damit in Führung, Philippot erzielte in Lothringen seinerseits 37,35 % und landete ebenfalls auf dem ersten Platz. Beide scheiterten jedoch in der Stichwahl mit 44,88 % (Aliot) respektive 35,17 %. Die Übernahme des Bürgermeisteramts misslang ebenfalls dem Anwalt und parteilosen, jedoch 2012 für den FN in die Nationalversammlung gewählten Abgeordneten Gilbert Collard im südfranzösischen Saint-Gilles. Dort erhielt er im ersten Durchgang 42,57%, und in der Stichwahl 48,49%. Allerdings könnte seine berüchtigte Arroganz, die ihm selbst innerhalb der Partei den Ruf eines „Ekelpakets“ eintrug (er „verbrauchte“ innerhalb eines knappen Jahres drei örtliche Wahlkampfleiter, die alle nichts mehr mit ihm zu schaffen haben möchten), ihm ein Bein gestellt haben. Im Vorfeld der Wahl hatte Collard sich allzu sicher gezeigt, den Wahlsieg bereits in der Tasche zu haben: „Ich brauche keinen Wahlkampf zu betreiben, die Ereignisse machen Wahlkampf für mich!“ Vielleicht hatte der Mann aber auch schlichte keine Lust, ein Rathaus zu führen; ein solcher Erfolg fiel in seinen Augen vielleicht von vornherein zu mickrig aus.

In Avignon hatte der FN-Bewerber Philippe Loutiaux im ersten Durchgang 29,63 % erzielt und den ersten Platz belegt. Olivier Py, Leiter des europaweit bekannten Theaterfestivals von Avignon – das alljährlich im Juli stattfindet – hatte daraufhin mit dem Abzug der Kulturveranstaltung aus der Stadt gedroht. Doch in der Stichwahl (mit insgesamt drei Kandidatenlisten) landete die FN-Liste mit 35,02 % dann nur auf dem zweiten Platz. Die Spitzenposition nimmt in der zweiten Runde die sozialdemokratische Liste mit 47,47 % der abgegebenen Stimmen ein. Dadurch fällt die Stadt Avignon, die bislang konservativ war, völlig entgegen dem landesweiten Trend nunmehr an die Sozialdemokratie.

Doch ein Vorort der Kulturstadt Avignon, Le Pontet mit knapp 17 000 Einnwohner/innen, wird künftig vom FN regiert. Sein 31jähriger Spitzenkandidat Joris Hebrard erhielt in der Stichwahl 42,62 % der Stimmen. Ebenso fällt Le Luc im Raum Toulon (9500 Einwohner/innen) mit 42,02 % der Stimmen sowie Beaucaire im zentralen Südfrankreich (15 000 Einwohner/innen) mit 39,81 % an den FN.

Auch ein Bezirksrathaus in Marseille, das des „sieben Sektors“ – es umfasst einen Teil der proletarisierten „Nordquartiere“ der Stadt – ging an den Front National. Dort regiert künftig Stéphane Ravier, der als Spitzenkandidat des Front National für das Bezirksrathaus sowie für das zentrale Rathaus von Marseille angetreten war, als Bezirksbürgermeister. Er erhielt in der Stichwahl eine relative Mehrheit mit 35,33 % der Stimmen.

... Und sonstige Rechtsextreme

Andere Neofaschisten, mit Parteibuch der rivalisierenden Regionalpartei Ligue du Sud (die der „identitären“ Bewegung zugehört), gewannen oder behielten ihrerseits die Rathäuser von Orange, Bollène und Camaret-sur-Aigues. Die beiden erstgenannten Kommunen wurden bereits bislang von Parteivertretern der Ligue du Sud, dem Ehepaar Jacques und Marie-Claude Bompard, geführt.

Bompard war erstmals im Juni 1995 gewählt worden, damals auf einer Liste des FN. Er kehrte dieser Partei im September 2005 aufgrund persönlicher Rivalitäten mit ihrem damaligen Chef Jean-Marie Le Pen den Rücken und führt heute den Vorsitz der rechtsextremen Kleinpartei Ligue du Sud, hat sich jedoch seit 2012 auch mit dem FN ausgesöhnt. Letzterer verzichtete auf eine Konkurrenzkandidatur. Jacques Bompard hatte bereits bei den Rathauswahlen im März 2001 und im März 2008 jeweils Rekordwerte in Höhe von 60 respektive 61 Prozent für seine Wiederwahl erzielt. Nunmehr wurde er am 23. März 2014, im ersten Wahlgang, mit 59,82 % der abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Er tritt damit sein viertes Mandat an der Spitze des Rathauses an.

Seine Ehefrau Marie-Claude (ebenfalls ‚Ligue du Sud‘, ebenso wie Monsieur im Film ‚Mains brunes sur la ville‘ über die rechtsextreme Kommunalpolitik von 2012 zu sehen), ist ihrerseits seit 2008 Bürgermeisterin der Nachbarstadt Bollène. Dort verfehlte sie im diesjährigen ersten Durchgang der Kommunamwahl ihrerseits nur knapp die absolute Mehrheit: An ihr schrammte sie mit 49,34 % knapp vorbei. In der Stichwahl trat sie nur noch einer (sozialdemokratisch geführten) Liste entgegen und konnte sich mit 55,35 Prozent der Stimmen klar durchsetzen.

Gesamtbilanz der Kommunalwahlen

Konservative und Wirtschaftsliberale nahmen der französischen Sozialdemokratie zahlreiche Städte ab, darunter langjährige Bastionen wie Limoges – die Stadt war seit 1912 ununterbrochen sozialdemokratisch regiert – Maubeuge in Nordostfrankreich und Nevers in Burgund. Insgesamt 155 Rathäuser in Kommunen mit über neuntausend Einwohnern gingen der Sozialistischen Partei verloren. Ein Mitglied des Parti Socialiste (PS), der eher zum sozialliberalen rechten Flügel zählende, Politologe Pascal Perrineau, kommentierte am Sonntag Abend im Fernsehen: „Normalerweise bedeutet ein Wahlniederlage bei Kommunalwahlen, dass 30 oder 35 Rathäuser einen Mehrheitswechsel erleben.“ Das Ausmaß fiel dieses Mal ungleich größer aus und wird von manchen mit einem Erdbeben verglichen.

Die Stadt Grenoble verlor die so genannte „Sozialistische“ Partei hingegen an die Grünen. Und ihre Versuche, der französischen KP ihre seit Jahrzehnten regierten Rathäuser im nord- und südöstlichen Pariser Umland abzunehmen – der Prozess hatte 2008 begonnen – scheiterten in diesem Jahr meist kläglich. Allerdings verlor die KP ihrerseits symbolträchtige Pariser Vorstädte wie Bobigny und Saint-Ouen an Konservative und Liberale.

In beiden Wahlgängen erreichte die Stimmenthaltung frankreichweit mit je knapp 37 Prozent eine neue Rekordhöhe, die bislang noch nicht bei Rathauswahlen verzeichnet wurde. Die Wahlabstinenz strafte vor allem die Sozialdemokratie ab. Deren Wirtschaftspolitik – im „Pakt für Verantwortung“, der noch im April im Parlament diskutiert werden soll, werden den Unternehmen 30 Milliarden Nachlässe bei Steuern und Sozialabgaben ohne verizifierbare Gegenleistungen, und 50 Milliarden Senkung der öffentlichen Ausgaben versprochen – kann in der eigenen Wählerschaft fast niemanden mehr überzeugen. Präsident François Hollande wird nunmehr versuchen, durch einen Personenwechsel im Amt des Premierministers →

nem Hinweis des Gerichts komme, sollte sich Ausländerhass als „leitendes Motiv“ herausstellen, auch eine Verurteilung wegen versuchten Mordes in Betracht. Der Kurde hat den Angriff zwar überlebt, doch ist der Sehnerv des linken Auges zerstört, er ist zuckerkrank geworden, leidet unter Kopfschmerzen und Gedächtnisstörungen. In seinen Laden hätten weder er noch seine Freundin seit der Tat zurückkehren können. Es sei fraglich, ob er je wieder als Geschäftsmann arbeiten könne. Seine Zeit verbringe er bei Ärzten und in Therapien.

ND v. 11.3.2014/Azad ■î

Programm gegen Linksextremismus auch 2014

Trotz massiver Kritik aus der Fachwelt wird das von der früheren Familienministerin Kristina Schröder (CDU) im Sommer 2010 eingeführte Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ gegen Linksextremismus bzw. islamischen Extremismus fortgeführt, das allein 2013 mehr als eine Million Euro gekostet hat. Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Linksabgeordneten Jan Korte mit. Selbst die vom Familienministerium finanzierte Evaluierung durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) kommt zu dem Ergebnis, dass die Hälfte der an dem Projekt beteiligten Projekte den Begriff „Linksextremismus“ als untauglich weitgehend abgelehnt hat. Jan Korte sieht Ministerin Manuela Schwesig (SPD) in der Verantwortung, nicht weiter Steuergelder für „teils unsinnige Projekte“ auszugeben. Von den Programmen profitiert mit 150 000 Euro Unterstützung u. a. die von Hubertus Knabe geleitete Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen. Geboten wird hierfür „präventive Aufklärung über Linksextre-

Fortsetzung Seite 6 oben

Breiter Protest gegen NPD Kundgebung in Zittau

DIE NPD Sachsen rief für den 19. März 2014 zu einer Kundgebung in unmittelbarer Nähe der Asylsuchendenunterkunft in der Zittauer Sachsenstraße auf. Damit wollte sie wieder einmal rassistische Ressentiments schüren und auf Stimmenfang für die bevorstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahl gehen.

Die NPD in Sachsen greift gegenwärtig verzweifelt nach ihrem letzten Strohhalm, indem sie rassistische Stimmungen gegen die Flüchtlinge aufgreift und schürt. Die Mitglieder und Sympathisanten der rechten Partei wissen sehr genau, dass ihre Mobilisierungschancen beim Thema Migration und Flüchtlinge so gut wie bei keinem anderen sind, da der Rassismus in Teilen der Bevölkerung noch immer fest verankert ist.

Die schwindenden Chancen der NPD auf einen neuerlichen Einzug in den Sächsischen Landtag führen dazu, dass nunmehr die Hetze gegen die Flüchtlinge und gegen eine humane Flüchtlingspolitik in den Mittelpunkt ihres öffentlichen Auftretens rücken. Viele Menschen sehen mit großer Sorge, dass mit den Kundgebungen vor Asylsuchendenunterkünften für ein menschenverachtendes Gedankengut geworben werden soll. Dabei sind gerade Klein- und Mittelstädte ausgewählt worden, da die Neonazis dort einen weniger ausgeprägten Widerstand vorzufinden erwarten.

Etwa 70 Menschen aus unterschiedlichen Zusammenhängen wollten die rassistische Hetze der NPD nicht hinnehmen und versammelten sich am Kundgebungsplatz der Rechten um gegen Rassismus und Diskriminierung zu protestieren. Klaus Zimmermann, SPD Stadtrat, unterhielt das Protestspektrum mit Gitarre und Gesang.

Als der NPD Lautsprecherwagen um die Ecke bog, ging einige Protestierende auf die Straße und stoppten diesen. Die anwesende Polizei beendete diese Aktion relativ schnell.

Als die NPD ihre Kundgebung aufgebaut hatte, wurde mit Schildern deutlich gezeigt „Asyl ist Menschenrecht“.

Jens Thöricht ■

---

ohne Veränderung der Politikinhalte weiterzuwursteln.

Als Trost bleibt der Sozialdemokratie unterdessen, dass sie die Großstädte Paris und Lyon sowie Strasbourg behält, wo sie auf ein spezifisches linksbürgerliches Wählermilieu bauen kann. Ferner hatte sich die UMP-Spitzenkandidatin Nathalie Kosciusko-Morizet zuvor mit ihren großbürgerlichen Allüren und ihren sinnfreien Sprüchen – etwa über „Gnadenmomente in der Pariser Métro“ und besonders ihrer ständig überlasteten Horrorlinie 13, die erkennen ließen, dass sie niemals öffentliche Verkehrsmittel benutzt – gründlich und bis auf die Knochen blamiert. Gar zu peinlich waren ihre Versuche, krampfhaft „volksnah“ zu wirken, und ihre bizarren Äußerungen wurden zum Gegenstand zahlloser Witze und Sticheleien. In der Fläche können diese lokal begrenzten Erfolge der großstädtischen jedoch ihre Verluste auf keinen Fall aufwiegen. Und in der dritten Metropole, Marseille, brach die Partei gnadenlos ein. Sie landete dort nur auf dem dritten Platz. Der konservativ-wirtschaftsliberale Amtsinhaber Jean-Claude Gaudin behauptete sich dort deutlich, und der Front National erzielte im stadtweiten Schnitt beachtliche 27,2 Prozent in den Stichwahlen auf Bezirksebene.

Die hohen Werte der Rechtsextremen werden allerdings durch die Stimmenthaltung in den übrigen Lagern, besonders in der sozialdemokratischen Wählerschaft, nicht erklärt. In jenen Städten, in denen die Neofaschisten besonders hoch abschnitten, fiel die Wahlbeteiligung oft ersichtlich höher als der Durchschnitt aus.

B.S. ■

mismus“. Ähnlich die Deutsche Gesellschaft; sie bietet kostenlose Präventionsworkshops gegen Linksextremismus“ an Schulen an, nach Aussage eines Mitarbeiters „bundesweit etwa 40 im Jahr“.

azadî ■

Beeindruckende Anti-Nazi-Demo

Am 1.3.2014, demonstrierten mehr als 1000 Menschen gegen das Nazi-Zentrum in der Carl-Hanser-Straße 24 in München-Obermenzing und gegen Nazis im Münchner Stadtrat. Die Demonstration, zu der das ‚Bündnis gegen Naziterror und Rassismus‘ aufgerufen hatte, zog direkt an der Immobilie vorbei, welche im Dezember 2012 von drei bekannten Neonazis angemietet wurde und seither als Zentrum für die rechte Organisierung in München fungiert. Zwei der MieterInnen, Vanessa Becker und Daniel Thönnessen kandidieren aktuell für die neonazistische ‚Bürgerinitiative Ausländerstopp‘ (BIA) im Kommunalwahlkampf.

„Die Anzahl der Teilnehmenden hat unsere Erwartungen weit übertroffen“, erklärt Peter Meier, Sprecher des ‚Bündnis gegen Naziterror und Rassismus‘. „Gemeinsam mit mehr als 1000 Menschen konnten wir ein starkes Zeichen gegen Nazis in Münchens Stadtviertel und im Münchner Stadtrat setzen. Mit der eindrucksvollen Demonstration konnten wir unserer Forderung nach der sofortigen Schließung des Nazi-Zentrums in Obermenzing entschieden Nachdruck verleihen.“

Die Teilnehmenden verhielten sich während der gesamten Demonstration friedlich, dennoch setzte die Polizei gegen Ende der Strecke Gewalt ein und ging mit Faustschlägen und Pfefferspray gegen DemonstrantInnen vor.

Nazis waren bei der Demonstration nicht aufgetaucht, die BIA hatte stattdessen eine Reihe von sechs Kundgebungen, verteilt im gesamten Stadtgebiet, unter dem Motto „Gegen Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität“ veranstaltet. Bei der letzten Kundgebung am MIRA-Einkaufszentrum in Hasenbergl fanden sich rund 100 AntifaschistInnen zum Protest gegen die Neonazis ein. Dabei ging die Polizei mit massiver Gewalt gegen die Protestierenden vor und verhaftete drei GegendemonstrantInnen.

„Die Polizei heute gezeigt, dass sie vor Gewalt gegen AntifaschistInnen nicht zurückschreckt. Bereits der Einsatz bei unserer Demonstration war vollkommen unnötig, die Gewalt bei der BIA-Kundgebung in Hasenbergl war brutal und unverhältnismäßig“, kommentiert Peter Meier. „Statt gegen gewaltbereite Nazi-Strukturen vorzugehen, wurden so einmal mehr Menschen, die sich gegen Rassismus und Neonazismus einsetzen, zum Ziel staatlicher Repression.“

Peter Meier, Sprecher des Bündnisses,
E-Mail: presse@nsuprozess.info
Aktuelle Informationen der internationalen Pressegruppe: www.nsuprozess.info
■

Bundesregierung verschleppt Erinnerungsprojekte

„Die Bundesregierung schiebt die Projekte zur Erinnerung an NS-Verbrechen in Italien auf die lange Bank“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, die Regierungsantwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 18/697). Jelpke weiter:

Trotz starker Nachfrage von Wissenschaftlern, Opfergemeinden und zivilgesellschaftlichen Trägern gibt es noch immer kein Konzept für die Förderung von Projekten, die an deutsche Besatzungsverbrechen in Italien erinnern. Vor mehr als einem Jahr, im Dezember 2012, wurde der Bericht der deutsch-italienischen Historikerkommission vorgestellt. Deren Empfehlungen versprach die Bundesregierung, umzusetzen – aber passiert ist seither nichts. Die Bundesregierung sei ‚zurzeit mit der italienischen Regierung im Gespräch, um einvernehmlich den Umfang, die Rahmenbedingungen und die Strukturen für ein Programm zur Förderung von Forschungs- und Erinnerungsprojekten festzulegen‘, heißt es in der Antwort.

Geplant ist den Regierungsangaben zufolge ein Zukunftsfonds, der Mittel in Höhe von einer Million Euro jährlich erhalten soll. Die rechtskräftig gewordenen Urteile italienischer Gerichte hatten bei weit über 50 Millionen Euro gelegen, bevor sie auf Betreiben der Bundesregierung vom Internationalen Gerichtshof kassiert worden waren.

Was den Zukunftsfonds angeht, sind bislang weder die Förderrichtlinien noch die Anbindung an eine wissenschaftliche Einrichtung festgelegt. Dabei liegen schon jetzt drei Anträge für wissenschaftliche Vorhaben und 27 Anträge von Gemeinden und Opferverbänden aus Italien vor.

Extrem bedenklich ist zudem die Ankündigung der Bundesregierung, auch die geplante Gedenkstätte für die Italienischen Militärinternierten (IMI) in Berlin sowie das zu gründende IMI-Museum in Berlin mit Mitteln aus diesem Zukunftsfonds zu finanzieren. Die geplanten Kosten liegen bei mindestens zwei Millionen Euro – damit wäre der Fonds schon leer, bevor er überhaupt eingerichtet ist, und alle anderen Projekte müssten sich hinten anstellen.

Ich erinnere daran, dass die Historikerkommission eingerichtet worden war, um die hartnäckige Weigerung der Bundesregierung zu flankieren, den NS-Opfern Entschädigung zu gewähren. Quasi im Austausch für Entschädigung wurde wenigstens aktive Erinnerungspolitik versprochen. Die soll nun offenbar auf Sparflamme von statten gehen. Der Skandal um verweigerte Entschädigung wird nun um den Skandal um verschleppte Erinnerungspolitik ergänzt.

Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich Nägel mit Köpfen zu machen, und den Zukunftsfonds massiv aufzustocken.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Rettet die Grundrechte gegen Notstand der Republik

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, … Am Donnerstag, den 27. März (wird) im Gerichtsgebäude Nymphenburgerstraße dem Gewerkschaftssekretär Christian Scheider vorgeworfen, dass sein Hund am Volkstrauertag nicht getrauert, sondern gebellt hat. Deswegen steht Christian nun wegen „nicht unterbundener Ruhestörung“ vor Gericht. Denn, so steht im Bußgeldbescheid: „Als die Kapelle der Bundespolizei in Begleitung mit dem Ehrenregiment der Bundeswehr den Veranstaltungsort betrat, begann der Hund, wie auf Kommando, laut zu bellen und hörte erst wieder auf als die Veranstaltung beendet war. Durch das laute und anhaltende Hundegebell wurden Teilnehmer der Veranstaltung zum „Volkstrauertag“ und der Schweigeminute erheblich belästigt.“

Quelle Münchner Rundmailverteiler Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München ■

„Wir sind hier nicht vor dem Jüngsten Gericht!“

Die Bundesanwaltschaft verhindert erneut kritische Befragung von Nazizeugen

Presseerklärung von einigen VertreterInnen der Nebenklage im NSU-Prozess

Bei der gestrigen (19.3.2014) Befragung des offensichtlich lügenden Zeugen Carsten R., der für Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe nach deren Untertauchen in Chemnitz eine Wohnung angemietet hat, torpedierte die Bundesanwaltschaft eine kritische Befragung des Zeugen.

Der Zeuge bejahte die Frage der Nebenklage, ob ihm der Grund, aus dem das Trio 1998 abgetaucht sei, „grenzenlos egal“ gewesen sei. „Mir war es egal“, so der Zeuge weiter,“ ob sie Schokoriegel geklaut oder jemanden umgebracht haben“. Die sich daran anschließende Frage aus der Nebenklage, welche Gedanken er sich gemacht habe, als er 2011 erfuhr, dass die Drei möglicherweise tatsächlich Morde begangen hätten, griff die Bundesanwaltschaft prozessordnungswidrig in das Fragerecht der Nebenklage ein und unterbrach mit den Worten: „Wir sind hier nicht das Jüngste Gericht, es ist nicht Aufgabe des Zeugen, sich für Einstellungen, die er damals hatte, zu rechtfertigen, sondern Wahrnehmungen zu bekunden.“

Damit hielt die Bundesanwaltschaft den Zeugen von der Beantwortung der Frage ab. Sie hat damit zu erkennen gegeben, dass sie eine kritische Überprüfung der Glaubhaftigkeit der Angaben des Zeugen und dessen Motivation, hier falsche Angaben zu machen, verhindern will. Eine weitere sinnvolle Befragung des Zeugen durch die Nebenklage wurde dadurch faktisch unterbunden.

Ein solches Verhalten der Bundesanwaltschaft konnte schon mehrmals bei der Befragung von Zeugen aus der rechten Szene durch die Nebenklage beobachtet werden. Bei den unterzeichnenden Nebenklagevertretern drängt sich der Eindruck auf, dass die Bundesanwaltschaft einer Aufklärung der Strukturen, die zur Entstehung und Fortbestand des NSU geführt und bei der Begehung der dem NSU zugerechneten Taten Unterstützung geleistet haben, aktiv entgegentritt. Nach der Befragung einer Vielzahl von Zeugen aus der Nazi-Szene wird deutlich, dass es sich bei diesen Zeugen offensichtlich herumgesprochen hat, dass sie beim Lügen oder Vortäuschen von Erinnerungslücken nicht nur mit keinerlei Sanktionen rechnen müssen, sondern ihnen dabei im Zweifel die Bundesanwaltschaft zur Seite springt.

München, den 20. März 2014

Vertreterinnen und Vertreter aus der Nebenklage:

Alkan, Rechtsanwalt, Basay, Rechtsanwältin, v.d. Behrens, Rechtsanwältin, Bogazkaya, Rechtsanwalt, Clemm, Rechtsanwältin, Daimagüler, Rechtsanwalt, Dr. Elberling, Rechtsanwalt, Hoffmann, Rechtsanwalt, Ilius, Rechtsanwalt, Kaniuka, Rechtsanwältin, Kara, Rechtsanwalt, Kienzle, Rechtsanwalt, Kolloge, Rechtsanwalt, Kuhn, Rechtsanwalt, Lex, Rechtsanwältin, Lunnebach, Rechtsanwältin, Narin, Rechtsanwalt, Parlayan, Rechtsanwalt, Pinar, Rechtsanwältin, Reinecke, Rechtsanwalt, Scharmer, Rechtsanwalt, Sariyar, Rechtsanwalt, Sfatkidis, Rechtsanwalt, Sidiropoulos, Rechtsanwalt, Stolle, Rechtsanwalt, Top, Rechtsanwalt, Ünlücay, Rechtsanwalt Wierig, Rechtsanwältin.

Zur ergänzenden Erläuterung: Der Zeuge, der angeblich nur „am Rande“ der rechten Szene tätig war, bezeichnete das Trio als seine „Kameraden“, ohne allerdings erklären zu können, worauf diese Kameradschaft beruhte. Er behauptete allen Ernstes, die Wohnung mit allen wirtschaftlichen Risiken (falls er das Geld nicht erstattet bekam) angemietet zu haben, aber nicht einmal gefragt zu haben, warum das Trio untergetaucht war, obwohl damals in der Szene allgemein bekannt war, dass die drei Bombenattrappen ausgelegt und ein Bombenwerkstatt betrieben hatten.

Eberhard Reinecke

Initiative Keupstraße ist überall

Vom 19.-31.3.14 organisierte die „Initiative Keupstraße ist überall“ in Kooperation drei Veranstaltungen in Köln und eine in München, um zum NSU-Prozess zu mobilisieren.
Auf den drei Kölner Veranstaltungen wurden über 250 Besucher gezählt.
Hier der Bericht von der 1. Veranstaltung im Bürgerzentrum Alte Feuerwache in der Kölner Altstadt Nord.

„Wird es ein Mordprozess oder ein geschichtliches Ereignis? Daran entscheidet ihr mit.“

Damit schloss der Nebenklägeranwalt Björn Elberling sein politisches Resümee vom Prozess in München.

Aber der Reihe nach:

Kutlu Yurtseven hält sich nicht an den bekannten rassistisch motivierten Verfolgungen der Opfer nach dem Anschlag auf, die er selbst als Bewohner miterlebt hat. Er beschreibt eingangs die Perfidität, mit der die Behörden reagiert haben, als bekannt war, dass der NSU hinter dem Anschlag steckte: Kurz nach dem 4.11.2011, nachdem bekannt geworden war, dass die pauschalen Verdächtigungen als Drogenhändler, Menschenhändler und Geldwäscher rassistisch geprägten Strafverfolgungsmustern der Justiz- und Polizeibehörden entstammten, die die Nazis ungeschoren weiter morden ließ, verteilten die Behörden Flugblätter mit dem Titel, „Mein Sohn, meine Tochter – vermisst“ in der Keupstraße, um dort islamistische Terroristen aufzutreiben. Migranten – Kriminalität – Terrorismus. Sie haben nichts gelernt, und sie wollen auch nichts lernen. Es sind vorurteilsbehaftete, gefühllose rassistische Einstellungen, die diese Apparate zu dominieren scheinen.

Was soll man denn dazu sagen, wenn der Staatsanwalt Ende 2011 erklärt, wenn sich die türkische Bevölkerung durch die Ermittlungen beeinträchtigt gefühlt habe, tue ihm das leid? Diese Art von zynischer Entschuldigung macht doch alles noch schlimmer

Kutlu berichtet, wie sich auch das eigene Verhalten verändert: Man verliert die Gelassenheit, mit der man oft versucht hat, die täglichen rassistischen Bemerkungen, Blicke und Verhaltensweisen zu übersehen. Es ist klar geworden, viele meinen es Ernst, wenn sie „von denen“ sprechen.

Er berichtete von seinem Versuch, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Ständig wurden neue Unterlagen angefordert. Wurden sie erbracht, fehlten andere. Brachte man sie, wurde das mit der Bemerkung „wird ja auch langsam Zeit“ begleitet: „Sie hätte mich ins Gesicht spucken sollen, das wäre ehrlicher gewesen“. Kutlu hat seinen Antrag zurückgezogen.

Der Psychotherapeut Dr. Ali Kemal Gün konnte selbst nicht anwesend sein, dafür wurde sein Beitrag vorgetragen.

Plastisch beschrieb er, wie traumatische Erfahrungen einen Menschen verändern, wie sie ihn psychisch aus der Bahn werfen – und das, ohne dass diese selbst es auf diese Erfahrung zurückführen. Aus seiner therapeutischen Erfahrung, besonders mit der Betreuung von Opfern des Anschlags auf die Familie Genc in Solingen, weiß er, wie bedeutsam die zeitnahe therapeutische Betreuung und die Unterstützung aus dem sozialen Umfeld und durch Gesellschaft und Politik ist, um den Betroffenen

Europawahl-Programm:

AfD positioniert sich rechts

Es war alles für einen großen Medienauftritt vorbereitet. Der Erfurter Parteitag der Alternative für Deutschland (AfD) am 22./23. März sollte zum Triumphzug für Parteisprecher Bernd Lucke werden. Eine neue Satzung lag auf dem Tisch, die ihm den alleinigen Vorsitz hätte bescheren sollen. Zugleich sollte der Bundesvorstand (BuVo) mehr Mittel an die Hand bekommen, um in die Geschicke seiner Landesverbände (LV) einzugreifen. Zugleich sollte mit Hans-Olaf Henkel ein prominenter Neuzugang in den BuVo gewählt werden.

Doch es kam ganz anders. Während die Wahl Henkels noch klappte (er gewann knapp gegen einen Vertreter des rechten Parteiflügels), lehnte die Mitgliederversammlung es rundweg ab, sich mit der vorgeschlagenen neuen Satzung auch nur zu befassen. So ganz kampflos will man seine Rechte als Basismitglied denn doch nicht dem Machtstreben Luckes unterordnen.

Aufgrund des zunehmend autoritären Führungsstils des BuVos und besonders Luckes verließen Funktionäre die Partei oder stellten ihre Aktivitäten ein. Zuletzt traten sechs von neun Vorstandsmitgliedern des LV Sachsen-Anhalts von ihren Ämtern zurück. Der Vorsitzende des LV NRW, Jörg Burger, trat aus der AfD aus.

Für einen weiteren Eklat sorgte der NRW-Verband der Jungen Alternative (JA), der den Vorsitzenden der britischen rechtspopulistischen United Kingdom Independent Party (UKIP), Nigel Farage, zu einer Veranstaltung nach Köln einlud. Gegen eine Zusammenarbeit mit der UKIP gibt es einen BuVo-Beschluss, gegen den Marcus Pretzell mit seiner dortigen Rede verstoßen hat. Der BuVo erteilte Pretzell daraufhin einen Verweis.

Fortsetzung von Seite 7

solcher Verbrechen das Gefühl von Sicherheit und Vertrauen zurückzugeben. In Köln wurde genau das Gegenteil gemacht: Die Unsicherheit wurde durch die juristischen und polizeilichen Verfolgungsmaßnahmen verstärkt. Die Opfer wurden ein weiteres Mal zu Opfern, diesmal der Behörden – und das über Jahre.

Dr. Gün betonte die Notwendigkeit solche Behandlungen in der Muttersprache anzubieten, weil oft nur sie die notwendige emotionale Basis für eine Vertrauensbeziehung herstellen kann.

Er prangert die Stellungnahme des Vorsitzenden der kassenärztlichen Vereinigung Jürgen Zastrow an, in der er Behandlungen in der Muttersprache als eine Luxusleistung bezeichnete, die man nicht bereit wäre zu finanzieren.

Björn Elberling, der vorn erwähnte Rechtsanwalt, beanstandete, dass der Prozess in München vom vorsitzenden Richter und der Staatsanwaltschaft als normaler Mordprozess geführt wird. „Der Prozess ist auf Verurteilungskurs“, was die 6 Angeklagten angeht. Jedoch wird die Dimension dieses Verfahrens, die mehrfach festgestellte Unterstützung durch den Verfassungsschutz für den NSU und sein Umfeld völlig ausgeblendet. So sei die Strategie des „führerlosen Widerstandes“, nach der sich der NSU ausgerichtet hat, mit direkter Finanzierung des VS durch seine V-Leute in Deutschland entwickelt worden. Jede echte Aufklärung über diese Unterstützungen, aber auch über das weitere Umfeld des NSU wird als störend betrachtet. Es würde alles getan, um die politische und geschichtliche Dimension dieses Verfahrens zu minimieren auf einen ganz normalen Mordprozess. Elberling bezeichnete die zunächst geplante Abspaltung des Verfahrens über den Anschlag in der Keupstraße als Beweis: Es ist juristische Praxis, gegen Angeklagte, die wegen einer höheren Straftat, wie z.B. wegen Mordes verurteilt werden, nicht noch wegen untergeordneter Straftaten zu verhandeln. Da es beim Anschlag in der Keupstraße „nur“ Verletzte gegeben habe, hätte man es wegen der geringeren juristischen Dimension abtrennen wollen – um dann gegebenenfalls gar nicht mehr zu verhandeln. Das sei durch den öffentlichen Protest verhindert worden. Darum sei es eine besondere Verantwortung, den terroristischen Charakter dieses Anschlags gegen die Einwanderer als Teil der Gesellschaft zum Thema zu machen.

Björn Elberling appellierte an alle, die Absicht der Initiative, in München Präsenz zu zeigen, mit aller Kraft zu unterstützen.

Der Politologe Dr. Kemal Bozay wohnt in direkter Nachbarschaft der Keupstraße und kennt die Straße und ihre Menschen seit Jahrzehnten. Er war 2004 auch im Zuge der Ringfahndung nach jungen Männern mit türkischer Abstammung, die in Fahrradentfernung vom Tatort wohnen, vorgeladen worden. Im Rahmen eines Vortrags hatte er die Medienberichterstattung zum Bombenanschlag untersucht. Anfangs sprach ein gewisses Mitgefühl mit den Opfern und der Straße aus den Berichten. Nach dem Schily-Interview und den tagtäglichen Statements der Verantwortlichen, dass es sich um einen Anschlag im Milieu handeln würde, dass ein terroristischer Hintergrund ausgeschlossen werden könnte, ist die gesamte Presse sehr schnell in ein kollektives Verdächtigungsmuster der Betroffenen eingeschwenkt. Alle haben sich hinter das Ausländer = Kriminalität-Bild gestellt.

Als dann im November 2011 klar war, es war der NSU, hieß es nur, „die drei waren es“. Nicht „ein Netzwerk war es“ und schon gar nicht „wir waren es“. Mit einigen medienwirksamen Politikervisiten in der Keupstraße hat sich die Gesellschaft kollektiv entschuldet.

Kemal Bozay weiß aus der jüngeren Geschichte der Keupstraße, dass diese sich nie einer Unterstützung aus Politik und Verwaltung erfreuen konnte. Im Gegenteil, sie wurde oft kriminalisiert und verdächtigt. Wenn sie sich so erfolgreich entwickelt hat, dann sind es ganz allein die Potentiale der dort lebenden Migranten, die das vermocht haben.

Bozay sieht mit der Art der Aufarbeitung des Anschlags und der rassistischen Ermittlungen, aber auch mit sozialrassistischen Deutungen, wie sie ein Sarrazin mit großer Medienresonanz verbreitet, einen Vorstoß, ein rassistisches Klima in Deutschland zu etablieren. Umso bedeutsamer ist es für ihn, mit öffentlichen Aktionen dagegenzuhalten – wie es die Initiative in Köln und München vorhat, bzw. praktiziert.

Zum Abschluss wurden die Pläne der Initiative für München vorgestellt:

Der Prozessteil zum Anschlag in der Keupstraße ist noch nicht datiert, wird frühestens im Mai erwartet und grob 4 Wochen vorher, mit der Ladung der Zeugen, bekannt gegeben. Zum Auftakt ist geplant, gemeinsam mit Angehörigen und Freunden der Vorgeladenen mit Bussen nach München zu reisen und im und vor dem Gerichtsgebäude Präsenz zu zeigen. Es sind Kundgebungen, choreografische Aktionen und Demonstrationen geplant. Es wird von der konkreten Situation abhängen, was möglich ist – und wie lange wir es durchhalten. Die Keupstraße wird drei, vier Wochen verhandelt werden. Wir möchten nicht einen furiosen Auftakt um dann zum Ende hin auf Null einzubrechen, sondern eine bestimmte Präsenz bis zum Schluss durchhalten. Dazu bedarf es einer Planung, die sich in den vier Wochen vor Verhandlungsbeginn immer stärker konkretisiert.

Am 31.3. findet eine Veranstaltung im Münchener DGB-Haus statt, um die Koordinierung mit dem Netzwerk vor Ort zu koordinieren. Eine größere Gruppe aus Mitgliedern der Initiative und Betroffenen aus der Keupstraße wird daran teilnehmen.

Die Vorbereitungen sind getroffen, es gilt zum gegebenen Zeitpunkt die Karawane auf den Weg zu bringen (darin sind Kölnerinnen und Kölner ja eigentlich geübt).

Sowohl die Spendenbüchse als auch die Voranmeldelisten für MitfahrerInnen nach München kamen gut gefüllt zurück.

http://keupstrasse-ist-ueberall.de/

pb ■

Pretzell ist der shooting-star des rechten Parteiflügels, dem es bisher an vorzeigbarem Personal mangelte. Ihm war es bereits gelungen, sich auf den aussichtsreichen 7. Platz der Europawahl-Liste setzen zu lassen. In Erfurt schaffte er es sogar, als Beisitzer in den BuVo gewählt zu werden. Er scheint den Machtkampf ganz bewusst zu suchen.

Das Europawahl-Programm

Trotz dieser Lust an der Selbstzerfleischung ist es der AfD in Erfurt gelungen, ein Programm für die Europawahl aufzustellen. Es ist die erste ausführlichere programmatische Positionierung seit dem nur vier Seiten dünnen Bundestagswahl-Programm und verdient deswegen eine etwas eingehendere Befassung.

Sämtliche Gremien, alle Beschlüsse, Abkommen und Verordnungen aus „Brüssel" misst die Partei einzig daran, ob sie Deutschland nützen. „Nützlich für Deutschland" setzt die AfD gleich mit einem (vermeintlichen) Nutzen für alle Deutschen – unterschiedliche soziale Interessen nimmt die AfD nicht wahr. Sozialdemagogisch knüpft sie die Interessen der Lohnabhängigen und BezieherInnen von Sozialleistungen an den Erfolg des Bürgertums.

Neoliberalismus

Die AfD hat sich wirtschaftspolitisch neoliberal aufgestellt. Auf dem europäischen Binnenmarkt soll der Wettbewerb gestärkt werden, „um die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich leistungsfähiger zu machen". Das heißt auch, „bisher geschützte Wirtschaftsbereiche dem Wettbewerb zu öffnen" und staatliche Monopole „auf den unverzichtbaren Dienstleistungskern" zu reduzieren, man fordert „den Abbau von institutionellen Zugangsbarrieren", und – hier ist man auf einmal für EU-Eingriffe in die staatliche Hoheit – „ungerechtfertigte Wettbewerbsbeschränkungen auf dem Europäischen Binnenmarkt müssen durch die europäische Gewerbeaufsicht aufgehoben werden".

Diese Wirtschaftpolitik würde bedeuten, Staatsbetriebe bis auf wenige Ausnahmen aufzulösen und nahezu alle Wirtschaftsbereiche dem Wettbewerb zu öffnen. Die Erfahrungen damit haben gezeigt, dass solch eine Politik in erster Linie zu Lasten der Beschäftigten und in zweiter Linie zu Lasten der Qualität öffentlicher Versorgung geht; in dritter Linie würde sie finanzstarken Investoren reiche Gewinne einbringen.

Dass auskömmliche Löhne und Gehälter aus AfD-Sicht ein Schaden für „die Wirtschaft" sind, dokumentiert sie mit weiteren Aussagen. Zum einen lehnt sie Mindestlöhne in Deutschland ausdrücklich ab. Zum anderen betont sie, dass die exorbitant hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Krisenländern an den „unzureichenden Reformen der dortigen verkrusteten Arbeitsmärkte liegen", konkret „sind Beschäftigungsverhältnisse in den Krisenländern über Gebühr zulasten der jungen Generation bestandsgeschützt. Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern zum Arbeitsmarkt." Übersetzt heißt die Krisenlösung der AfD: Weg mit Mindestlöhnen und Erleichterung von Entlassungen.

Nationalismus

Schon der Slogan „Mut zu Deutschland!" deutet auf eine nationalistisch verklärte Weltsicht hin. Als bräuchte es Mut, den Vorrang „deutscher Interessen" zu fordern. Als wäre dies nicht weitgehende Übereinkunft in Politik und Medien. Im Tenor aller Deutschnationalen geht es weiter: Zur Euro-Rettung wird geunkt, „am Ende wird es unser Geld kosten" – womit das Europawahlprogramm der Partei auf den Punkt gebracht ist. Es geht um „unser Geld", das „andere" sich angeblich unter den Nagel reißen wollen.

Tatsächlich ist die AfD keine Anti-EU-Partei, vielmehr verlangt sie, den deutschen Einfluss in der EU weiter auszubauen. Wahrheitswidrig behauptet sie, dass „der tatsächliche Einfluss Deutschlands auf die Geschicke Europas immer geringer" geworden sei. Dem soll entgegen getreten werden: „Die AfD will Deutschlands Rolle in der EU wieder stärken. Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden."

Die AfD verlangt, dass der deutsche Einfluss in der Europäischen Zentralbank (EZB) entsprechend dem Kapitalschlüssel auf 27 Prozent Stimmengewichtung angehoben wird. Nicht nur wäre Deutschland damit das in diesem Gremium mit Abstand stimmgewaltigste Land, die AfD fordert zudem, dass „grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75 % getroffen werden können". Das würde eine Sperrminorität ausschließlich für Deutschland bedeuten.

Ein Leckerli für die NationalistInnen ist die Forderung, dass „die deutsche Sprache als Ausdruck des Gewichts Deutschlands in der EU in allen europäischen Institutionen als gleichwertige Verhandlungs- und Verfahrenssprache praktiziert werden" müsse.

Das Programm der AfD Sachsen

Noch offenkundiger setzt die sächsische AfD in ihrem am 2. März verabschiedeten Wahlprogramm zur Landtagswahl auf Deutschtümelei. So wenn sie Quoten für deutschsprachige Musik im Radio, einen Geschichtsunterricht, der ein „positives Identitätsgefühl" vermitteln soll, und das Singen der Nationalhymne an Schulen fordert.

Die sächsische AfD verlangt Volksabstimmungen bei Neubauten von Moscheen mit Minarett. An dieser Stelle wird deutlich, dass Volksabstimmungen genutzt werden können, um Minderheiten ihrer Rechte zu berauben. Sie werden dann zu einem Werkzeug, um Konformität in der Gesellschaft zu erzwingen.

An den Grenzen sollen wieder dauerhaft Güter- und Personenkontrollen eingeführt werden. Dies zielt u.a. darauf ab, eine Einwanderung nach Deutschland zu unterbinden. Eine „Masseneinwanderung in die Sozialsysteme" wird schon seit Monaten von der AfD in aufwiegelnder Weise unterstellt. Demgegenüber wird die Partei nicht müde zu fordern, dass man sich die Einwanderer selbst aussuchen solle. Nur wer gebraucht werde, dürfe ´rein – Nützlichkeitsrassismus in reinster Form. Entsprechend sollen EU-BürgerInnen, erst nach fünfjähriger Berufstätigkeit in Deutschland Anspruch auf Sozialleistungen haben.

Es liest sich wie die Beschreibung einer Anderswelt, wenn sich die AfD gegen die „offen betriebene() Herabsetzung und Verhöhnung der Familie" wendet. Hier kommt das tradierte Familienbild, dass die Partei verficht, zum Ausdruck: Klassische Familien (Vater, Mutter, Kinder) werden als das Ideal propagiert, andere Lebensentwürfe sollen demgegenüber diskriminiert werden. Man plädiert für ein Wahlrecht, das Familien mit Kindern gegenüber Alleinstehenden bevorzugt. Eltern sollen für jedes Kind eine weitere Stimme abgeben können. Damit wird das allgemeine und gleiche Wahlrecht des Grundgesetzes in Frage gestellt.

Fazit

Obwohl die Richtungs- und Machtkämpfe in der AfD noch lange nicht entschieden sind, macht die Partei in ihren Programmen deutlich, dass sie eine wirtschaftspolitisch neoliberale, gesellschaftspolitisch aber erzkonservative Partei ist. Der Nationalismus dient dabei als der Kitt, der die unterschiedlichen Strömungen zusammen halten soll.

Wieso die Verortung der AfD als rechts der Union stehend ein „strategisches Manöver" politischer GegnerInnen sein soll, wie Lucke behauptet, bleibt unerfindlich. Und einen Verlierer gibt es bereits: Die eher liberale Strömung hat kaum Aussichten sich durchzusetzen und wird nach und nach die Partei verlassen.

F ■

Das Europawahl-Programm ist abrufbar unter https://www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/

Das sächsische Programm gibt's hier . http://afdsachsen.de/index.php?ct=wahlprogramm

Melilla EU-Zaun: Die Angst ist weg! 500 schaffen es!

1100 versuchen es, über 500 schaffen es über den Zaun, mit vielen Verletzungen.
Mehr als tausend Flüchtlinge haben von Marokko aus versucht, den Grenzzaun zur spanischen Exklave Melilla zu überwinden. Etwa 500 gelangten auf spanisches Gebiet. Die Afrikaner nutzten den dichten Nebel, der über der Stadt lag und den Polizisten auf beiden Seiten der Grenze die Sicht nahm.

Die Flüchtlinge jubeln, nachdem sie den Grenzzaun zur Exklave Melilla überwunden haben.

Bei dem bislang größten Flüchtlingsansturm im Oktober 2005 waren 350 Flüchtlinge nach Melilla gelangt. […]

Erstaunlich: Der von den Flüchtlingen und MigrantInnen überkletterte und niedergerissene EU-Zaun wird bislang nirgendwo gezeigt. Sehr sehenswert folgende Videos:

http://www.youtube.com/watch?v=uSKjtkf7_PE

http://www.youtube.com/watch?v=HDDJzclnzXA

Quelle: Forschungsgesellschaft Flucht & Migration 18.03.2014 ■

Lasst uns für unsere Freiheit auf die Straße gehen!

Mai & Juni 2014 – Wir haben einen Traum… Wir kommen von überall um von Strassburg nach Brüssel zu laufen.

Mai & Juni 2014

Wir sind Asylsuchende, Geflüchtete, undokumentierte Migrant_innen, Migrant_innen von vielen Europäischen Ländern, wir sind Europäer_innen mit „Migartionshintegrund“, wir sind all jene, die nicht das Privileg der Staatsbürgerschaft haben, aber auch Staatsbürger_innen die die gemeinsame Wut gegen die rassistische Migrationspolitik der EU teilen.

Wir entschieden uns eine Europäische Karawane zu organisieren, welche von der Großzahl der europäischen Länder nach Brüssel (Belgien) führt, wo die europäischen Institutionen ihren Sitz haben. Um zu zeigen, dass wir die Grenzen die sie uns auferlegen, indem sie uns durch Staatsgrenzen und in Lagern gefangen halten, nicht akzeptieren, nehmen wir uns unser Grundrecht auf Bewegungsfreiheit und bringen unsere Forderungen direkt dort an, wo die Entscheidungen gefällt werden.

Wir haben einen Traum:

- Bewegungsfreiheit und freie Wahl des Wohnsitzes für alle Asylsuchenden
- Stop der Dublinfalle und der Zwangsunterbringung in Lagern in Europa
- Dauerhafte Aufenthaltspapiere ohne Kriterien
- Stop der Inhaftierung und Abschiebungen von Migrant_innen
- Gleiche Arbeitsbedingungen für alle
- Gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte für alle: Recht auf Bildung und auf Arbeit
- Stop der imperialistischen Politik Europas: kein Freihandelsabkommen und NATO-Kriege
- Frontex, Eurosur und andere Anti-Migrationspolitiken und Maßnahmen abschaffen

Quelle: http://freedomnotfrontex.noblogs.org 24.03.2014 ■

600 demonstrieren gegen Dublin-Abschiebungen

Osnabrück: In den nächsten Wochen sollen ca. 80 Geflüchtete aus Osnabrück in andere EU-Länder abgeschoben werden, darunter Italien, Ungarn und Frankreich. Eine erste Abschiebung, die in der Nacht auf den 11.03. stattfinden sollte, konnte durch eine Protestaktion von ca. 60 Menschen verhindert werden. In den nächsten Tagen und Wochen wird es zu weiteren Abschiebungen kommen, da mehrere Geflüchtete bereits einen Abschiebebescheid erhalten haben.

Diese Abschiebungen finden im Rahmen des EU-Dublin-Abkommens statt, nach dem dasjenige Land für Geflüchtete zuständig ist, in das sie zuerst in die EU eingereist sind. Da Deutschland nur von sogenannten „sicheren Drittstaaten“ umgeben ist, kann es sich seiner Verantwortung für diese Menschen durch Abschiebungen in EU-Randstaaten bequem entledigen. Die Bedingungen für Geflüchtete in diesen Ländern sind aber oftmals katastrophal. Für Griechenland beispielsweise wurde aufgrund der dortigen menschenunwürdigen Bedingungen bereits ein Abschiebestopp erwirkt, aber auch in Italien, Ungarn und Frankreich drohen den Geflüchteten Obdachlosigkeit, Hunger und Armut. [1)]

Am 20.03. fand eine vom Osnabrücker Bündnis gegen Abschiebungen organisierte Demonstration statt, an der sich ca. 600 Menschen beteiligt haben, darunter auch einige Geflüchtete. Der Hintergrund ist, dass in den kommenden Wochen eine große Anzahl an Geflüchteten unmittelbar von Dublin-Abschiebungen bedroht ist. Die Demo ging durch die Innenstadt vor das Rathaus, dort diskutierten die Geflüchteten mit einigen Mitgliedern des Sozialausschusses der Stadt. [2)]

Quelle: 1) http://osnabrueck-alternativ.de 2) http://www.nds-fluerat.org 21.03.2014 ■

SPD – Stopp von Nachtabschiebungen

Niedersachsen: Der SPD-Innenexperte Ulrich Watermann fordert einen Stopp von Abschiebungen und Rückführungen von Asylbewerbern im Rahmen des Dublin-Verfahrens in der Nacht: „Es muss möglich sein, dieses Prozedere so zu organisieren, dass die Betroffenen nicht mitten in der Nacht aus ihren Wohnungen eskortiert werden. Das gebietet die Menschenwürde.“ Die umstrittene Praxis zeige, dass die EU-Verordnung Dublin III dringend verändert werden müsse. Watermann: „Es kann nicht das Ziel einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik sein, Menschen zwischen den EU-Staaten hin- und her zu schicken.“

In den sogenannten Dublin-Verfahren, das sind jene Fälle, in denen Asylsuchende aus Niedersachsen in das europäische Land zurückkehren, in dem sie ihren Asylantrag zuerst gestellt haben, handele es sich um innereuropäische Flüge. „Das sind keine Distanzen, die eine solche Handlung rechtfertigen“, sagt Watermann. Dafür sei die Landesregierung in Niedersachsen allerdings ausdrücklich nicht verantwortlich.

Der SPD-Innenexperte erklärt weiter:

Quelle: nolagerosnabrueck@yahoo.de

„Es mag Gründe geben, die aus Sicht der verantwortlichen Behörden für nächtliche Aktionen im Rahmen das Verfahren der

Abschiebung und Rückführung sprechen. Diese Gründe sind aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion aber solche, die unseren humanitären Überzeugungen entgegenstehen."

Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, bei den zuständigen Bundesbehörden zu erwirken, das Verfahren so zu ändern, dass es nicht mehr zu Nachtabschiebungen komme. Der innenpolitische Sprecher Ulrich Watermann sagt: „Ich bin überzeugt davon, dass das vernünftiger und menschenwürdiger zu organisieren ist."

Quelle: Pressemitteilung Nr. 17-282 SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen 0.03.2014 ■

Amnesty: Richtungswechsel in der EU-Flüchtlingspolitik

Generalsekretärin Çalışkan anlässlich des EU-Gipfels: Bundesregierung soll sich für grundsätzliches Umdenken einsetzen

Anlässlich des Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel am Donnerstag erklärt die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Selmin Çalışkan:

„Die Bundesregierung hat eine besondere Verantwortung in der Flüchtlingspolitik. Wir haben im Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel deutlich gemacht, dass sie sich für ein grundsätzliches Umdenken in der europäischen Flüchtlingspolitik einsetzen sollte. Menschen, die Schutz in Europa suchen, müssen für ihr Asylverfahren auch europäischen Boden betreten können. Und zwar ohne ihr Leben zu riskieren, ohne automatisch eingesperrt zu werden und ohne Gefahr, wieder in den Verfolgerstaat geschickt zu werden. Ein ‚Weiter-so' stellt einen Dauerverstoß gegen Europa- und Völkerrecht dar.

Die Abschottungspraxis an den EU-Außengrenzen hat in den vergangenen Jahren zu einer eklatanten Missachtung der Menschenrechte von Flüchtlingen und Migranten geführt. Der Tod vieler Menschen, die in Europa Schutz vor Verfolgung suchen, ist längst die Folge dieser Politik. Die Bootstragödie von Lampedusa Anfang Oktober 2013, bei der Hunderte Flüchtlinge ihr Leben verloren, hat kurzfristig betroffen gemacht – geändert hat sich seitdem viel zu wenig."

Çalışkan hatte am Dienstag gemeinsam mit dem Internationalen Generalsekretär von Amnesty International, Salil Shetty, und Vertretern von Human Rights Watch Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kanzleramt getroffen. Thema war dort unter anderem die Flüchtlingspolitik.

Quelle: Amnesty International Berlin 20.03.2014 ■

15 Jahre sind vergangen...

Am 24. März 1999 beginnt die Bombardierung Ex-Jugoslawiens durch die NATO. Mehr als 250 000 Menschen müssen fliehen – davon geschätzt 120 000 Roma, wobei tatsächlich von einer noch größeren Zahl auszugehen ist. Ihre Häuser werden zerstört und ganze Stadtteile geplündert. Damit sind 600 Jahre friedliche Roma Kultur unwiederbringlich verloren.

Viele werden ermordet oder kommen auf der Flucht ums Leben. Für die aber, die es bis in europäische Länder wie Deutschland schaffen, hören Ungewissheit und Unsicherheit nicht auf. Sie hoffen, nach dem Verlust ihres Eigentums und der Erfahrung rassistischer Verfolgung auf einen Neuanfang – eine Chance ohne Angst leben zu können. Diese Hoffnung wird enttäuscht. Jahrelang werden sie nur „geduldet" und bekommen keinen sicheren Aufenthaltsstatus. Sie dürfen nicht arbeiten und unterliegen der Residenzpflicht. Manche leben in diesem unsicheren Zustand seit über 20 Jahren. Ein Zustand, der psychisch sehr stark belastet – zusätzlich zu den Belastungen der Schrecken, die sie im Krieg erfahren mussten.

Auch am 8. April gibt es keine ruhigen Versammlungen, keine Feiern am internationalen Tag der Roma: zynisch wirkt auf uns die Ankündigung einer ausgerechnet an diesem Datum geplanten Sammelabschiebung von Hannover nach Skopje.

Die NATO(S)OTAN hat nie die Verantwortung für die Zerstörungen übernommen, die sie durch die Bombardierung und die darauf folgenden Vertreibungen verursacht hat. Noch immer sind Roma in vielen Ländern stark diskriminiert, auch im Kosovo. Eine Abschiebung bedeutet für geduldete Roma eine weitere Vertreibung. Sie finden nichts als ein Leben in Angst und elenden Bedingungen.

Quelle: news@alle-bleiben.info 24.03.2014 ■

Asylsuchende aus Abschiebungshaft entlassen

„Die Inhaftierung Asylsuchender ist menschenrechtlich inakzeptabel. Dass solche Inhaftierungen in der Bundesrepublik aber ohne gültige Rechtsgrundlage vorgenommen werden, ist zudem ein rechtsstaatlicher Skandal" erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort auf eine Schriftliche Frage an die Bundesregierung. Jelpke weiter:

„Ich habe die Bundesregierung gefragt, auf welcher Rechtsgrundlage derzeit Asylsuchende inhaftiert werden, die zur Durchführung ihres Asylverfahrens in einen anderen EU-Staat überstellt werden sollen. Nach den Vorgaben der Dublin III-Verordnung muss für diese Überstellungshaft eine eigene Rechtsgrundlage geschaffen werden. In Deutschland fehlt diese Rechtsgrundlage, Asylsuchende werden dennoch zur Durchführung ihrer Überstellung in Abschiebungshaft genommen. Dass die Bundesregierung es versäumt, die Anforderungen an die Inhaftierung im Dublin-Verfahren in deutsches Recht umzusetzen, darf aber nicht zu Lasten der Freiheitsrechte der Schutzsuchenden gehen. Sie sind alle umgehend zu entlassen. Inhaftierung ohne Rechtsgrundlage darf es nicht geben.

Nach Angaben von Fachanwälten entlassen Gerichte zunehmend in großer Zahl Asylsuchende, die vor einer Überstellung in einen anderen EU-Staat stehen, aus der Abschiebungshaft. Es ist inakzeptabel, dass häufig traumatisierte und von Flucht und Kriegserlebnissen gezeichnete Menschen ohne Rechtsgrundlage inhaftiert werden.

Selbst wenn die Rechtsgrundlagen für die Überstellungshaft gemäß der Dublin III-Verordnung geschaffen worden sind, widerspricht die Inhaftierung Schutzsuchender den Zielen der Genfer Flüchtlingskonvention. Die deutschen Behörden sollten von diesem Instrument daher keinen Gebrauch machen, das ineffektive und menschenrechtswidrige Dublin-System gehört ohnehin auf den Müllhaufen der EU-Geschichte."

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 25.03.2014 ■

Abschiebungszahlen steigen erstmals seit 2002 deutlich

„Der Anstieg der Abschiebungszahlen geht vor allem auf die gestiegene Zahl der Überstellungen von Asylsuchenden in andere EU-Länder zurück. Dies ist ein Ausdruck des unmenschlichen EU-Asylsystems, in dem der Fluchtweg mehr zählt als die Fluchtgründe und Schutzsuchende zur Durchsetzung eines ungerechten Zuständigkeitsprinzips gewaltsam hin- und hergeschoben werden," so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion zu Abschiebungen im Jahr 2012 (18/782). Jelpke weiter:

„Die Zahl der Abschiebungen stieg 2013 auf 10 198, gegenüber 7651 im Jahr 2012. Das ist ein Anstieg um ein Drittel (33,3%), nachdem dieser Wert seit 2002 nahezu kontinuierlich gesunken war. Die Gesamtzahl von Abschiebungen, Zurückschiebungen und Zurückweisungen bei der Einreise stieg ebenfalls von 15 897 auf 18 546. Ein Drittel aller Ab- und Zurückschiebungen waren Dublin-Überstellungen, wiederum ein Drittel davon betraf Kinder.

Hauptleidtragende der verschärften Abschiebungspolitik waren abgelehnte Asylsuchende aus Serbien (2017) und russische (vor allem tschetschenische) Asylsuchende (2100), die überwiegend nach Polen zu-

rückgeschoben wurden. Die Abschiebungen sind trauriger Endpunkt zweier Fehlentwicklungen der deutschen Asylpolitik: Erstens die restriktive Asylpraxis in Bezug auf asylsuchende Roma aus Serbien und anderen ex-jugoslawischen Staaten, die trotz vielfacher Diskriminierungen und existenzbedrohlicher Lebenslagen keinen Schutz erhalten. Und zweitens das Dublin-System der EU, das Schutzsuchende immer öfter hin- und herschiebt, statt ihren Schutzbedarf zu prüfen.

Die geplante Einstufung von Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien als so genannte sichere Herkunftsstaaten wird die Zahl der Abschiebungen weiter steigen lassen. Doch statt Abschiebungen im Schnellverfahren brauchen die Asylsuchenden aus diesen Ländern faire Asylprüfungen, in denen insbesondere die lebensbedrohliche mehrfache Diskriminierung und der Roma als Fluchtgrund anerkannt wird."

Quelle: Pressemitteilung ulle jelpke 18.03.2014 ■

Bessere Ermittlungen bei rassistisch motivierten Gewalttaten

Berlin – Anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus am 21. März erklärt Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte:

„Die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft bei rassistisch motivierten Gewalttaten müssen verbessert werden. Dazu müssen die Bundesländer grundlegende Änderungen in der Polizeiausbildung sowie in den Vorschriften für die Ermittlungsarbeit vornehmen. Die bisherige Abwehr der Innenministerkonferenz der Länder gegenüber den diesbezüglichen parteiübergreifenden Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages ist weder zu begreifen noch zu verantworten. Deshalb fordert das Deutsche Institut für Menschenrechte die Landesparlamente auf, aktiv zu werden. Sie sollen dem Beispiel des Bundestags folgen und einstimmig beschließen, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umzusetzen. Die Empfehlungen sind schließlich Hilfestellungen für eine verbesserte, menschenrechtlich gebotene Polizeiarbeit auf der Grundlage der umfassenden Analyse des Untersuchungssauschusses."

Bundestag und Bundesregierung haben sich Ende Februar über die Fraktionsgrenzen hinweg selbst verpflichtet, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses in dieser Legislaturperiode zügig umzusetzen. Der Ausschuss fordert beispielsweise, dass jede Gewalttat mit möglicherweise rassistischem Motiv von Polizei und Staatsanwaltschaft eingehend untersucht wird. Auch soll der Blick der Polizei für die Anzeichen einer rassistischen Motivation nachhaltig und systematisch geschärft werden. Bisherige Ermittlungsroutinen sollen revidiert werden; dies müsse bereits am Tatort von Gewalttaten beginnen.

Die menschenrechtliche Verpflichtung Deutschlands zur Ermittlung möglicher rassistischer Motive bei Gewalttaten ergibt sich auch aus der Europäischen Menschenrechtskonvention. Erst in der vergangenen Woche hatte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof Bulgarien in einem Fall verurteilt, in dem der rassistische Hintergrund eines tätlichen Angriffs trotz entsprechender Angaben seitens des Opfers nicht ermittelt wurde.

Quelle: Pressemitteilung Institut für Menschenrechte 20.03.2014 ■

Info zur Sammelabschiebung von Hannover nach Skopje

Am 8.4.2014 erfolgt offenbar eine Sammelabschiebung über den Flughafen Hannover nach Skopje. Daran beteiligt sind die Länder SH, MV und HH. Das Innenministerium SH legt auf Anfrage des Flüchtlingsrates SH Wert auf die Feststellung, „dass es sich bei dem Flug nicht um eine ‚Sammelabschiebung' handelt sondern um einen Charterflug, der für die Rückkehr im Rahmen einer freiwilligen Ausreise ebenso wie für Rückführungen genutzt werden kann" und beantwortet weitere Fragen wie folgt:

Zum Stand 18.03.2014 würden mit dem Flieger am 8.4. wohl 108 Personen ausreisen, „15 weitere serbische Ausreisepflichtige werden voraussichtlich hinzutreten, wenn die laufenden Pass-Ersatz-Beschaffungsmaßnahmen erfolgreich abgeschlossen werden können. Wie viele Ausreisepflichtige hiervon freiwillig ausreisen und in welchen Fällen der Charterflug genutzt wird, auch Personen abzuschieben, lässt sich nur durch Klärung jedes Einzelfalles ermitteln. Aus HH sind uns 11 ausreisepflichtige Serben und aus MV 21 bekannt die mitreisen sollen."

Bei den Personen handele es sich um 38 Mazedonier und 70 Serben. Die Ethnie der Ausreisepflichtigen werde nicht erfasst. Fragen zu Geschlechtszugehörigkeit und ggf. Minderjährigkeit der Abgeschobenen/Rückkehrenden könnten „derzeit nicht beantwortet werden, und müsste anhand der Passagierliste ‚händisch' ermittelt werden." Bei den Ausreisepflichtigen seien der Ausreisepflicht regelmäßig erfolglose Asylerstverfahren vorangegangen, aber auch erfolglose Asylfolgeverfahren. Eine genaue Aussage, ob andere Hintergründe vorliegen wäre nur nach Durchsicht aller Amtshilfeersuchen möglich."

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt beantwortete die Anfrage des Flüchtlingsrates SH zu dieser Sammelabschiebung wie folgt: „Von der Maßnahme am 8. April habe ich ebenfalls erfahren. Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt ist hieran allerdings nicht beteiligt. Daher liegen mir hierzu auch keine weiteren Erkenntnisse vor. Generell ist die Bundespolizei lediglich für den Vollzug der durch Bundesländer initiierten Rückführungsmaßnahmen zuständig. Ich rege daher an, Ihre Anfrage an die Innenministerien der norddeutschen Bundesländer zu richten."

gez. Martin Link Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. 20.03.2014 ■

Täuschungsmanöver beim Gesetzgebungsverfahren

De Maizière macht aus drei angeblich sicheren Balkanstaaten binnen weniger Tage fünf. PRO ASYL: Gesetzgebung als Farce

Das im Bundesinnenministerium auf den Weg gebrachte Gesetzgebungsverfahren, durch das Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen, entwickelt sich zur Farce – formal wie inhaltlich. Am 20. Februar 2014 hatte das BMI Nichtregierungsorganisationen und dem UNHCR den Referentenentwurf zugeleitet mit der Bitte um Stellungnahme binnen einer Woche. Wer eine wirkliche Beteiligung will und Argumenten zugänglich ist, setzt keine Wochenfrist für eine Frage, die verfassungsrechtlich und bezüglich der Situation in den genannten Staaten schwierig ist.

Die Verbände, die dennoch bis zum 28. Februar 2014 fristgerecht Stellung nahmen, sehen sich vom Bundesinnenministerium hinters Licht geführt. Hatte man ihnen noch einen Gesetzentwurf vorgelegt, der der Einstufung der Staaten Mazedonien, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten dienen sollte, so müssen sie wenige Tage später den Medien entnehmen, dass nun auch Albanien und Montenegro nach den Vorstellungen des Bundesinnenministers sichere Herkunftsstaaten sein sollen.

Dabei war schon der auf Mazedonien, Serbien und Bosnien beschränkte Referentenentwurf ein unseriöses Machwerk, mit dem jeder gesetzgeberische Mindeststandard an Begründungen unterschritten wurde. Verfassungsrechtliche Maßstäbe wurden außer Acht gelassen, als habe sich das Bundesverfassungsgericht zum Thema niemals geäußert. Eine konkrete Auseinandersetzung mit der Menschenrechtslage in den drei Staaten findet sich ebensowenig wie die Auswertung einer Vielzahl von Berichten der Nichtregierungsorganisationen. Sie belegen ein Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen in den drei Staaten, die deren Einordnung als „sichere Herkunftsstaaten" als völlig unmöglich erscheinen lässt.

Die gesetzgeberischen Hausaufgaben sind noch nicht gemacht, da will man das Gesetzesvorhaben auf Albanien und Montenegro erweitern. So wird Gesetzgebung zur Farce, die Verbändebeteiligung

zum Feigenblatt. Wer Gesetzgebung als populistischen Schnellschuss hinnimmt, wenn es um das Asylrecht geht, muss sich nicht wundern, wenn solche Methoden morgen auf andere Bereiche der Gesetzgebung übergreifen.

Quelle: Presseerklärung http://www.proasyl.de 17.03.2014 ■

Paritätischer warnt vor Schüren von Vorurteilen

Zwischenbericht Sozialleistungen für EU-Zuwanderer: Paritätischer warnt vor zweifelhaften Maßnahmen, die Vorurteile schüren könnten

Der Paritätische Wohlfahrtsverband begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, diejenigen Kommunen mit 200 Millionen Euro gezielt zu unterstützen, die durch starke Zuwanderung aus Rumänien und Bulgaren besondere soziale Herausforderungen zu bewältigen haben. Gleichzeitig warnt der Verband vor zweifelhaften ordnungspolitischen Maßnahmen, die geeignet seien, Vorurteile in der Bevölkerung gegen Rumänen und Bulgaren zu schüren.

„Dass der Bund den besonders betroffenen Kommunen finanzielle Unterstützung zusichert, ist ein wichtiges Signal, dass man sich zu seiner humanen Verantwortung bekennt. Umso unverständlicher sind Vorschläge wie Wiedereinreisesperren oder zusätzliche Hürden bei der Kindergeld-Beantragung. Solche ordnungspolitischen Maßnahme bringen in der Sache nichts, bergen aber die große Gefahr, in der Bevölkerung weitere Vorurteile gegen Rumänen und Bulgaren zu schüren“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Darüber hinaus seien die Forderungen, wie beispielsweise Wiedereinreisesperren für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die nicht die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gefährden oder die zeitliche Befristung des Aufenthalts bei nicht erfolgreicher Arbeitssuche, mit dem Grundprinzip der Freizügigkeit und einer innereuropäischen Solidarität nicht vereinbar.

Der Verband weist daraufhin, dass bereits jetzt ausreichend Sanktionsmöglichkeiten bestehen, um den Missbrauch von Sozialleistungen zu unterbinden. … Auch die Hürden zum Zugang zu Kindergeld seien für EU-Zuwanderer schon jetzt so hoch, dass ein irregulärer Bezug für Kindergeld kaum möglich sei. Aktuell müssten EU-Bürgerinnen und EU-Bürger teilweise bis zu einem Jahr auf die Auszahlung von Kindergeld in Deutschland warten.

Der Paritätische bekräftigt seine Forderung, umgehend den pauschalen und automatischen SGB II-Leistungsausschluss arbeitssuchender und wirtschaftlich nichtaktiver EU-Bürger zu korrigieren. Aus Sicht des Verbandes ist der Leistungsausschluss nicht nur mit EU-Recht unvereinbar, sondern auch integrations- und sozialpolitisch kontraproduktiv. Im Zwischenbericht fehle hierzu jedoch eine klare und deutliche Positionierung.

Weitere Hintergrundinformationen zum Thema sowie die Forderungen des Paritätischen finden Sie im Positionspapier „Partizipation statt Ausgrenzung: Anforderungen an die Gestaltung der EU-Binnenwanderung“ auf www.migration.paritaet.org und unter

www.der-paritaetische.de/startseite/stellungnahmen

Der Paritätische Gesamtverband

Auf dem Weg zur endgültigen Abschaffung der ‚Residenzpflicht‘

Flüchtlingsrat Brandenburg und PRO ASYL legen aktualisierten und erweiterten Überblick über Landesregelungen vor. Das Ergebnis: Die neuen Regelungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen gehen über die geplanten bundesgesetzlichen Änderungen hinaus. Seit dem Erscheinen der „Synopse der Anwendungshinweise zur räumlichen Aufenthaltsbeschränkung von Flüchtlingen nach den ‚Lockerungen‘“ [3] im Januar 2013 wurden die Regelungen in acht Bundesländern geändert. Mittlerweile wurde der Aufenthaltsbereich in zehn Flächenstaaten auf das Bundesland erweitert, aber nur in Thüringen gilt die Bewegungsfreiheit uneingeschränkt. Dessen ungeachtet, werden weiterhin Hunderte von Flüchtlingen wegen Verstößen gegen die ‚Residenzpflicht‘ kriminalisiert. Die Untersuchung zeigt, dass der Großteil der Kriminalisierung bei Reisen in andere Bundesländer anfällt. Etwa 100 Flüchtlinge werden pro Jahr wegen unerlaubten Reisen inhaftiert.

An der Kriminalisierung werden die von der Bundesregierung geplanten Änderungen wenig ändern. Im Koalitionsvertrag [4] wurde festgelegt, dass der Aufenthaltsbereich grundsätzlich auf das Bundesland beschränkt werden soll. Das wird nur in Bayern und Sachsen zu Änderungen führen, in allen anderen Bundesländern ändert sich nichts. Außerdem sollen Flüchtlinge für Reisen in andere Bundesländer keinen Antrag auf eine Verlassenserlaubnis mehr stellen müssen. Es wird genügen, wenn sie den Zielort der Ausländerbehörde melden.

Diese im Koalitionsvertrag beschlossenen Änderungen fallen weit hinter die vorher von der damaligen Staatsministerin Maria Böhmer [5] ausgehandelte Regelung zurück, die eine fast vollständige Aufhebung der ‚Residenzpflicht‘ vorsahen. Dieser Beschluss wurde von CDU-Hardlinern gekippt.

Die neuen Regelungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen überholen jedoch die geplanten ‚Lockerungen‘. Hier erhalten Flüchtlinge eine Generalerlaubnis für Reisen ins übrige Bundesgebiet bis zu sieben Tagen. Bei der Ausländerbehörde müssen sie diese Reisen nicht anmelden, kontrolliert wird die Reisedauer nicht. Damit werden die bisherigen länderübergreifenden Regelungen – etwa zwischen Berlin und Brandenburg oder zwischen Niedersachsen und Bremen – obsolet. Regelungen wie in Hamburg können alle Bundesländer schon jetzt, bei bestehender Gesetzeslage, erlassen.

Der selbstorganisierte Protest von Flüchtlingen gegen die Beschränkung der Bewegungsfreiheit geht weiter. Die Studie zeigt die Punkte auf, wo eine Intervention auf Landes- wie auf Bundesebene ansetzen kann, um die ‚Residenzpflicht‘ endgültig zu einem Skandal der Vergangenheit zu machen.

[1] http://www.residenzpflicht.info/material/kartestand-der-lockerungen-2/ . Wenn das dort hinterlegte Schaubild eins zeigt, dann das: • Die ‚Residenzpflicht‘ ist nicht aufgehoben, sie wurde nur in einigen Bundesländern gelockert • Die Lockerungen gelten nur für eine Gruppe Flüchtlinge, andere sind von ihnen ausgeschlossen. Nur in Thüringen gelten keine Ausschlussgründe. • Nur in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein gibt es die ‚Generalerlaubnis‘ für Reisen ins übrige Bundesgebiet.

[2] http://www.residenzpflicht.info/wp-content/uploads/2013/02/Synopse_Residenzpflicht_Update_2014-03-01.pdf

[3] „Synopse der Anwendungshinweise zur räumlichen Aufenthaltsbeschränkung von Flüchtlingen nach den ‚Lockerungen‘“: http://www.residenzpflicht.info/news/gefangen-im-gestrupp-der-lockerungen/

[4] Koalitionsvertrag: http://www.spd.de/linkableblob/112790/data/20131127_koalitionsvertrag.pdf

[5] Maria Böhmer: http://www.residenzpflicht.info/news/sieg-der-law-and-order-cdu/

Quelle: http://www.residenzpflicht.info 7.3.2014

Dublin-Abschiebungen stoppen!

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat heute Morgen (19.03.) an den niedersächsischen Innenminister appelliert, die für heute geplante Abschiebung des palästinensischen Flüchtlings Motasem N. aus Syrien nach Polen zu stoppen. Aus aktuellem Anlass appelliert der Flüchtlingsrat zugleich an das Land, Abschiebungen auf der Grundlage der Dublin III-Verordnung bis auf Weiteres auszusetzen und über den Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen.

Der 33-jährige Flüchtling Motasem N. wurde heute Morgen aus der Psychiatrie abgeholt, in die er wegen Suizidalität eingewiesen worden war, und soll auf Veranlassung der Ausländerbehörde des Landkreis Northeim in ärztlicher Begleitung unter Mitgabe von Medikamenten unter Inkaufnahme einer Familientrennung nach Polen überstellt werden. Seine Frau befindet sich ebenfalls in ärztlicher Behandlung.

Die Dublin III – Verordnung ist ein Vertragswerk, über das Europa die Verantwortung für Flüchtlinge an die Peripherie abschiebt. Dieses System organisierter Verantwortungslosigkeit hat den

Aufbau einer riesigen Bürokratie zur Folge, die eine Verschiebung von Flüchtlingen kreuz und quer durch Europa organisiert. Es führt zu immer mehr Abschiebungen von Flüchtlingen aus Deutschland – auch in Länder, in denen ein faires Asylverfahren nicht zu erwarten ist, wo Flüchtlinge regelmäßig inhaftiert werden oder keine hinreichenden menschenwürdigen Existenzbedingungen vorfinden. Statt Menschen zu verschieben, sollte ein Ausgleich über Finanzhilfen der EU an diejenigen Staaten erfolgen, die mehr Flüchtlinge aufnehmen. Europa braucht ein solidarisches Aufnahmesystem, das Flüchtlinge schützt statt abschiebt.

Es ist ein Unding, dass Flüchtlinge aus Syrien überhaupt im Rahmen von Dublin III abgeschoben werden, während wir uns gleichzeitig bemühen, syrische Flüchtlinge bei uns aufzunehmen. Im konkreten Fall fehlt uns jedes Verständnis für das Vorgehen der Ausländerbehörde. In Dublin-Fällen ist das BAMF Herrin des Verfahrens, über den konkreten Vollzug der Abschiebung und die Prüfung, ob eine Abschiebung aufgrund von Krankheit bzw. unter Berücksichtigung des Schutzes der Familie stattfinden kann, entscheidet aber die Ausländerbehörde. Sie hätte es in der Hand, die Abschiebung zu stoppen, aber sie will die Abschiebung um jeden Preis durchsetzen.

Herr N. hat in Polen einen Asylantrag gestellt, daher soll Polen für die Durchführung des Verfahrens zuständig sein. Das Dublin-Verfahren wurde eingeleitet, und der Landkreis Northeim hat die Rückschiebung nach Polen für den 19.03.2014 angeordnet. Das Verfahren seiner Frau ist noch nicht abgeschlossen, daher kann sie noch bleiben.

Seitdem Herr N. über die geplante Abschiebung nach Polen informiert ist, verweigert er sämtliche ärztliche Maßnahmen (Medikationen, regelmäßige wöchentlich Bluttransfusionen). Seine Frau hat bereits im Januar 2014 einen Suzidversuch unternommen, weil sie keinerlei Perspektive auf ein würdiges Leben sieht. Sie ist deshalb in therapeutischer Behandlung.

Am 13.03.2014 hat auch Herr N. versucht, sich das Leben zu nehmen, und wurde gemeinsam mit seiner Frau in die Asklepios Fachklinik nach Göttingen eingewiesen. Aus dieser Klinik wurde er heute Morgen abgeholt und soll nun nach Polen überstellt werden, wo er wahrscheinlich in eine Psychiatrie eingewiesen wird.

Herr N. leidet an einer chronischen Hepathitis und an einer Thalassanämie, seine Frau ist traumatisiert und hochgradig suizidgefährdet. Sie möchten nicht getrennt werden. Der Landkreis Northeim möchte auf den Schutz von Ehe und Familie nur Rücksicht nehmen, wenn eine Heiratsurkunde vorgelegt werden könnte, was angesichts der derzeitigen Situation in Syrien wohl kaum möglich ist. Auf Nachfrage bestätigte der Landkreis Northeim, dass er keinerlei Unterlagen oder Hinweise besitzt, die Zweifel an dem Bestehen der Ehe begründen könnten. Obwohl die Eheleute nun eine eidesstattliche Erklärung über ihre Eheschließung vorgelegt haben, will der Landkreis Northeim auf den Zusammenhalt der Eheleute keine Rücksicht nehmen. Der Landkreis Northeim handelt unmenschlich. Er könnte die Abschiebung von Herrn N. zumindest bis zum Abschluss des Dublin-Verfahrens seiner Frau aussetzen.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen 19.03.2014 ■

Flüchtlingsfloß-Tour 2014

Nachdem Heinz Ratz und seine Band „Strom &Wasser“ schon in den letzten beiden Jahren spektakuläre Erfolge durch ihre vielen Konzerte mit Musikern aus Flüchtlingslagern feiern konnten, widmet sich Ratz noch einmal dem Flüchtlingsthema:

Am 14.7.2014 wird er mit zwei bis drei großen Flößen aufbrechen, umgestaltet zu Flüchtlingsbooten, die ihn und eine Begleitcrew aus Flüchtlingen und deutschen UnterstützerInnen main-, neckar- und rheinabwärts und dann entlang des Mittellandkanals bis nach Berlin führen. Die Verletzlichkeit dieser Transportmittel in direktem Kontrast zu den Luxusjachten und Ausflugsdampfern der touristisch genutzten Binnengewässer wird auf die dramatische Situation von Flüchtlingen allgemein, die abendlich stattfindenden Konzerte auf die besonders tragische und bedrohliche Situation von fliehenden Frauen und Kindern im Besonderen aufmerksam machen. In enger Zusammenarbeit mit Flüchtlingsorganisationen, allen voran PRO ASYL, soll auch ein Rahmenprogramm in den Flüchtlingsunterkünften stattfinden: PuppenspielerInnen und Clowns, die tagsüber mit einem Kinderprogramm auftreten. Neben der Floßfahrt liegt der Schwerpunkt der Tour abends auf den Konzerten; zum einen auf der Begegnung zwischen deutschem Publikum und Flüchtlingsfrauen, zum anderen auf der informativ-aufklärenden Zusammenarbeit mit politischen Flüchtlingshilfegruppen. Auch die Solidarität von GastmusikerInnen und KünstlerInnen aus ganz Europa mit Musikerinnen und Künstlerinnen aus deutschen Flüchtlingslagern ist ein wichtiger Aspekt dieser Tour.

Infostände der aktiven regionalen und überregionalen Flüchtlingshilfegruppen und ein schönes allabendliches Miteinander von Flüchtlingen und KonzertbesucherInnen erwarten den interessierten Gast, ebenso eine bunte Reihe von solidarischen KünstlerInnen. Immerhin konnte Ratz bei ähnlichen Aktionen in den vergangenen Jahren die Unterstützung von Konstantin Wecker, Hannes Wader, Gerburg Jahnke, Dota Kehr, Stoppok, Pohlmann, Selig, Götz Widmann, Bodo Wartke und vielen anderen gewinnen.

Des Weiteren wird der Regisseur und Produzent Hank Levine (u.a. produzierte er die Oscar nominierten Dokumentationen City of God und Wasteland) einen Dokumentarfilm über das Projekt produzieren.

Tour-Termine (vorläufig)

14.07.14 Nürnberg Desi
15.07.14 Fürth Kofferfabrik
16.07.14 Erlangen Villa
17.07.14 Forchheim tbc
18.07.14 Bamberg Morph-Club
19.07.14 Aschaffenburg Brüderschaft der Völker
20.07.14 Würzburg Kellerperle
21.07.14 Gemünden tbc
22.07.14 Wertheim tbc
24.07.14 Schweinfurt Stattbahnhof
25.07.14 Frankfurt Das Bett
26.07.14 Hanau Hans-Böckler-Haus
27.07.14 Mainz KUZ (tbc)
28.07.14 Tübingen Sudhaus
29.07.14 Reutlingen Franz K
30.07.14 Stuttgart Laboratorium (tbc)
31.07.14 Heidelberg Halle 02
01.08.14 Mannheim tbc
02.08.14 Freiburg tbc
03.08.14 Karlsruhe Tollhaus
04.08.14 Wiesbaden Schlachthof
05.08.14 Ingelheim tbc
06.08.14 Koblenz Stattstrand
07.08.14 Bonn Alter Zoll
08.08.14 Köln Underground
09.08.14 Düsseldorf tbc
10.08.14 Krefeld tbc
11.08.14 Duisburg Alte Feuerwache
12.08.14 Oberhausen tbc
13.08.14 Essen Zeche Karl
14.08.14 Gelsenkirchen tbc
15.08.14 Bochum Bhf. Langendreer
16.08.14 Dortmund tbc
17.08.14 Münster Sputnikhalle
18.08.14 Osnabrück Haus der Jugend
19.08.14 Bramsche Universum-Kino
20.08.14 Minden Hamburger Hof
21.08.14 Hannover tbc
22.08.14 Braunschweig tbc
23.08.14 Wolfsburg Hallenbad
24.08.14 Magdeburg Oli-Kino
25.08.14 Brandenburg tbc
26.08.14 Potsdam Theaterschiff
27.08.14 Berlin SO36
28.08.14 Wendland tbc
29.08.14 Kiel Räucherei
30.08.14 Hamburg Fabrik
31.08.14 Bremen Lagerhalle

„Nackt unter Wölfen"

Filmveranstaltung der VVN-BdA im Deutschen Filmmuseum

Zu einer Vorführung des antifaschistischen Spielfilms „Nackt unter Wölfen" lädt die VVN-BdA (in Kooperation mit dem Deutschen Filmmuseum) am Sonntag, den 6. April 2014 um 12.00 Uhr ins Filmmuseum in Frankfurt am Main (Schaumainkai 41) ein. (Eintritt 7.– Euro, ermäßigt 5.– bzw. 3,50).

Die Filmvorführung ist der Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen unterschiedlicher Träger aus Anlass des 100. Geburtstages des Frankfurter jüdischen Antifaschisten, Kommunisten, Buchenwald-Häftlings und Journalisten Emil Carlebach, der am 10.Juni 2014 hundert Jahre alt geworden wäre und im April 2001 verstorben ist. (Näheres unter www.emil-carlebach.de).

Peter C. Walther, VVN-BdA ■

Plädoyer für Versammlungsfreiheit und Demonstrationsrecht:

Broschüre zum Frankfurter Polizei-Kessel von 2013 erschienen

Das Komitee für Grundrechte hat in einer rund 120 Seiten umfassenden Broschüre „Blockupy 2013 – Der Frankfurter Polizei-Kessel am 1. Juni 2013" die Ereignisse um die von der Polizei verhinderte Demonstration zusammengefasst und in diversen Beiträgen eine rechtliche und politische Bewertung zum eskalierenden polizeilichen Vorgehen gegen Blockupy sowie zur grundsätzlichen Bedeutung des Rechts auf Demonstrationen und der Versammlungsfreiheit vorgenommen. Die Autoren greifen auch die übliche Praxis an, durch Auflagen das äußere Erscheinungsbild von Demonstrationen zu bestimmen: „Die Polizei hat nicht darüber zu entscheiden, wer an einer Versammlung teilnehmen darf" und auch Bündnisse mit radikaleren Gruppen seien „keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung". Demonstrationen bedeuteten „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie".

Die Broschüre kann bezogen werden über: www.grundrechtekomitee.de und kostet 7 Euro.

(FR v. 8./9.3.,2014/Azadî) ■

Der Sommer ist vorbei... Vom „Aufstand der Anständigen" zur „Extremismusklausel"

Das Buch „Der Sommer ist vorbei… Vom „Aufstand der Anständigen" zur „Extremismusklausel", herausgegeben von Friedrich Burschel, Uwe Schubert und Gerd Wiegel setzt sich das Ziel, eine Bilanz aus 13 Jahren Bundesprogramm gegen Rechts zu ziehen. Das Buch beinhaltet in neun Beiträgen verschiedene Blickwinkel auf das 2001 unter RotGrün gestarteten Programm. Diese treten zunächst sehr losgelöst voneinander auf. Jedoch malen sie im Gesamtbild ein ausführliches und perspektivenreiches Bild der schrittweisen Verwerfung jeglicher, anfangs eventuell vorhandener, Ambitionen des Bundes, eine Antirassistische und Antifaschistische Kultur zu befördern.

Die Schlussfolgerungen, die die verschiedenen Autoren über das Bundesprogramm fassen sind, wenngleich unterschiedlich begründet und mit unterschiedlicher Drastik, durchweg negativ. Die variierenden Ansätze und Argumente gestallten den Leseprozess dabei sehr interessant, da Leser_innen weitestgehend frei darin sind, die Meinung von Aktivist_innen mit unterschiedlichen Hintergründen in Bezug zu setzen. Heike Kleffner beispielsweise sieht die so essenzielle Arbeit freier Träger in der Beratungsarbeit Betroffener rechter Gewalt bewusst zunehmend behindert und sogar diffamiert. Diese würden vermehrt durch unzulängliche und unprofessionelle behördliche Stellen ersetzt. Während Bianca Klose, selbst in der Mobilen Beratung tätig, das Bundesprogramm auch als de facto Erpressungsmechanismus ansieht, verzeichnet sie über dies allerdings eine positive Entwicklung, was das Bewusstsein innerhalb der Zivilgesellschaft angeht. Einen wiederum ganz anderen Ansatz verfolgt die Humanwissenschaftlerin und Pädagogin Katrin Reimer. Ihr Artikel besticht durch eine sehr anspruchsvolle, wenngleich im Sozialpädagogischen Fachjargon nicht gerade barrierefreien Stil gehaltenen, Analyse des Verhältnisses von rechter Ideologie und sozialer Arbeit in der Bundesrepublik. Sie sieht das grundlegende Problem im bildungssektoralen Mainstream, stets nur die Symptome (z.B. rechte Übergriffe) zu bekämpfen. Politische Bildung wird losgelöst von tiefergreifenden individuellen und gesellschaftlichen Ansätzen durchzuführen. Soziale Arbeit wird in diesem Kontext sträflich vernachlässigt und die Problematiken innerhalb der Gesellschaft bleiben unangefochten.

Wo sich alle einig sind ist die Aussage, die 2009 beschlossene Extremismusklausel stelle den Höhepunkt der behördlichen Torpedierung unabhängiger Arbeit und zugleich das Ende jeglicher Ambitionen eines staatlichen antifaschistischen Programmes dar. Die kurze Hoffnung, die Bundesregierung könne versuchen eine staatlich unterstützte antifaschistische Struktur zu schaffen, wird damit als endgültig der Vergangenheit zugeschrieben. Das Buch trägt in seiner Gesamtheit sehr dazu bei, ein differenziertes Verständnis und verschiedene Perspektiven für die anhaltende Debatte über den Extremismusbegriff oder unterlassene staatliche Hilfeleistung bei der Opferberatung und der politischen Bildung zu erlangen.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Großer Stillstand“

Junge Freiheit 14-2014

Unter dem Titel „Großer Stillstand“ gibt das Blatt seine Einschätzung der ersten 100 Tage Große Koalition. Paul Rosen kommentiert:

„Soviel SPD in einer Bundesregierung war seit Willy Brandts Kanzlerschaft noch nie. Sozialdemokratischer Stallgeruch prägt nach den ersten 100 Tagen der zweiten Großen Koalition seit der Wiedervereinigung das Berliner Regierungsviertel. Die CDU wirkt wie ein Schatten ihrer selbst. Die CSU erlebt den Beginn ihrer Erosion.“

Seine Kritik macht er vor allem am Mindestlohn und an den Beschlüssen zur Rentenreform fest, hier stände die SPD eindeutig auf dem „Siegertreppchen“:

„An erster Stelle ist die Mindestlohnregelung von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zu nennen. Die CDU/CSU hat hier den Rest an ökonomischem Sachverstand verloren und bringt die Tarifautonomie, auf die Deutschland stolz war, zum Einsturz.“ Und weiter: „Dies (*die Rentenreform*) ist der Sündenfall, der Punkt, an dem sozialistische Vorstellungen Freiheit und Marktwirtschaft zu überrunden beginnen. Die traditionelle Staatsgläubigkeit der Deutschen stützt die Entwicklung – genauso wie die Mietpreisbremse private Investitionen verhindert und die Frauenquote in Unternehmensaufsichtsräten gerade technische Unternehmen verzweifeln läßt, weil sie keine geeigneten Kandidatinnen haben.“

Entgegen der Feststellung im Titel, es gäbe einen großen Stillstand, wird nun sogar der Wechsel von „freier Marktwirtschaft“ zum Sozialismus beschworen, mit biblischer Metapher vom „Sündenfall“, um es besonders dramatisch zu machen. Um gegen den Mindestlohn zu polemisieren, wird die Tarifautonomie beschworen, die zu verteidigen sonst nicht die Spezialität des Blattes ist. Und bei der Argumentation gegen die Rentenbeschlüsse gerät gleich noch die Freiheit für Immobilienbesitzer und Investoren, die Mietpreise immer höher zu treiben, mit in Gefahr und die Vorherrschaft der Männer in den Aufsichtsräten, deren Sachverstand die technisch unversierten Frauen nicht ersetzen können. Beklagt wird dann noch der weitere Verlust der „nationalen Souveränität“ in der Europapolitik und die „unproduktive Energiewende“. Mit anderen Worten nach dem „Sündenfall“ kommt wahrscheinlich bald der „Weltuntergang“.

Paul Rosens Fazit: „Der SPD-Chef und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel sieht die Große Koalition als Durchlauferhitzer zur Verstärkung der rot-grünen Grundstimmung im Land. Nachdem die Mauer eingerissen worden ist, die Sozialdemokraten und Kommunisten trennte, braucht er nur knapp 30 Prozent SPD-Stimmenanteil, um mit Hilfe der Linken und Grünen Kanzler zu werden. Das ist der Plan, gegen den phlegmatisierte Bürgerliche nichts mehr in der Hand haben. Die Vergrünung Deutschlands läuft auf Hochtouren.“

„Der bezahlte linke Terror“

Junge Freiheit 14-2014

Das zweite große Thema der Ausgabe ist „Der bezahlte linke Terror“, bei der Fotomontage auf dem Titel sticht das Logo der Antifaschistischen Aktion besonders hervor.

„Wir haben für die aktuelle Ausgabe der JUNGEN FREIHEIT den staatlich mit Millionen Euro Steuergeldern finanzierten ‚Kampf gegen Rechts‘ durchleuchtet und kommen zu dem ernüchternden Ergebnis, daß der deutsche Staat unter dem Vorwand, Rechtsextremismus zu bekämpfen, nicht demokratische, sondern in erheblichem Umfang linksextreme Strukturen finanziert, die nicht nur den Staat, sondern Bürger und Institutionen angreifen, die auf dem Boden der Verfassung stehen. Es ist zudem niemandem zu erklären, weshalb überhaupt der Rechtsextremismus eine Sonderbehandlung erfährt, obwohl es nachweislich mehr linksextremistische Gewalttaten gibt.“ heißt es da.

Durch eine Anfrage der LINKEN hat das Blatt erfahren, dass die Amadeu-Antonio-Stiftung im letzten Jahr mit 1,4 Millionen unterstützt wurde. Anlass dagegen zu hetzen, was alles mit diesem Geld betrieben worden sei: Die Stiftung unterstütze das „Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin“, das „Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena“.

„Gefördert wurde weiterhin der Kölner „Jugendclub Courage“. Auch er verweist von seiner Internetseite auf mehrere Antifa-Gruppen, Indymedia sowie das älteste linksextreme Internetnetzwerk nadir.org. Der Jugendclub Courage gehört zum Bündnis „Kein Veedel für Rassismus“, einem Zusammenschluss zahlreicher linker und linksextremer Gruppen.

Zu den weiteren Mitgliedern zählen unter anderem die „Antifaschistische Koordination Köln und Umland“, die „Rote Aktion Köln“, die DKP-nahe VVN-BdA sowie die „Interventionistische Linke Köln“. Sowohl die „Antifaschistische Koordination Köln und Umland“ als auch die „Interventionistische Linke Köln“ werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen zur linksextremen Szene gezählt.“ so das Blatt.

Mit anderen Worten, antifaschistische Aktivitäten gegen neonazistische Aufmärsche, Kampagnen gegen rassistische Hetze im Wahlkampf usw., das ist „linker Terror“, der auch noch stattlich gefördert wird. Da lobt sich die JF doch die ehemalige Familienministerin Schröder mit ihrer „Extremismusklausel“: „Schröder war der Überzeugung, man könne den „Teufel nicht mit dem Beelzebub“ austreiben.“ Die sozialdemokratische Nachfolgerin habe die Klausel nun nach knapp drei Jahren wieder abgeschafft. Damit ist für das Blatt dem „Terror gegen die Meinungsfreiheit“ Tür und Tor geöffnet:

„Der angeblich bekämpfte „Nazi“ ist der propagandistische Pappkamerad, in Wahrheit ist die freie Gesellschaft der Feind. Der linksextreme Schwarze Block schlägt den Sack („Nazi“) und meint den Esel (Bürger). Ob eine Sarrazin-Lesung gesprengt, ein konservativer CDU-Kommunalpolitiker bedroht, ein politisch unkorrekter Journalist drangsaliert oder Amazon zur Löschung politisch abweichender Bücher genötigt wird: Die Antifa stellt die Sturmtruppen einer Republik, in der mit Terror die Meinungsfreiheit ausgeschaltet werden soll.“

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507